

echo der arbeit 7

Verlagspostamt Oberhausen/Rheinland
Nur für Betriebsangehörige MAI 1958

7 echo der arbeit
5. JUNI 1959

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger
Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Rainer Bockhorst
Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66
Telefon: 24531 — Nebenstellen 2347 und 4267

ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos.

Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten Oberhausen + Düsseldorf
Klischees: Vignold, Essen

Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

AUS DEM INHALT:

Die Situation in der Stahlindustrie

Deutsche Nachwuchskräfte in England

Unsere Betriebskrankenkassen berichten

Müssen jüngere Mitarbeiter öfter krank sein?

Neuordnung der Krankenversicherung

Sprachrohr der Belegschaft

Betriebsratswahl in Gelsenkirchen

Unsere Ideenkiste

UNSER TITELBILD: Die vorliegende Ausgabe ist insbesondere abgestellt auf die Arbeit unserer beiden Betriebskrankenkassen in Oberhausen und Gelsenkirchen, deren Geschäftsberichte für das vergangene Jahr in diesen Wochen veröffentlicht wurden. Zugleich bringen wir einige Betrachtungen zur geplanten Reform der sozialen Krankenversicherung. Immerhin war es nicht ganz einfach, ein zu diesen Themen passendes Titelmotiv herauszufinden. Der Schnappschuß, der vor einem Schalter der BKK Oberhausen gemacht wurde, schien uns für diesen Zweck noch am besten geeignet.

Selbstverantwortung und Solidarität

Ein Bundeswehrsoldat meldet sich krank. Der Arzt in der Revierstube fragt ihn: „Würden Sie als Zivilist wegen einer so geringfügigen Sache einen Arzt aufsuchen?" Der Soldat erwidert prompt: „Nein, ich würde den Arzt kommen lassen, denn ich bin ja in der Krankenkasse." — Diese Glossierung war kürzlich in einer kabarettistischen Rundfunksendung zu hören. Nun soll man Kabarettisten, Karikaturisten oder Leuten ähnlichen Schlages nichts verübeln, denn mit ihrem vielfach bissigen Humor sind sie in unserer ansonsten recht ernsten Zeit gewissermaßen an die Stelle des früheren Hofnarren getreten, allerdings mit einem weitaus größeren Wirkungskreis als die höfischen Spaßmacher, die gleichfalls oft einen messerscharfen Zynismus verrieten.

Was aber die geschilderte Episode betrifft, mag sie nun wahr sein oder nicht, so ist sie jedoch alles andere als bezeichnend für die Situation, in der sich unsere soziale Krankenversicherung befindet. Mit Possenspiel und Sticheleien ist hier nichts zu machen. Es geht um einen wesentlichen — wenn nicht gar den wichtigsten — Eckpfeiler unserer Sozialpolitik. Das zeigt sich schon darin, daß die Öffentlichkeit sich heute mehr denn je mit der gesetzlichen Krankenversicherung beschäftigt. In Erkenntnis dieser Tatsache haben wir die vorliegende Ausgabe bewußt unter dieses Thema gestellt. Da ist der Abdruck der Geschäftsberichte unserer Betriebskrankenkassen Oberhausen und Gelsenkirchen. Denn schließlich ist die Betriebskrankenkasse eine Gemeinschaftseinrichtung der Belegschaft, und deshalb sollte jeder einzelne Mitarbeiter darüber informiert sein, wie es um diese Einrichtung bestellt ist. Ferner sei aufmerksam gemacht auf unseren Beitrag zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Bekanntlich hat das Bundesarbeitsministerium im Dezember vergangenen Jahres den Referentenentwurf für ein Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz vorgelegt. Es wird jetzt also ernst mit der Reform. Doch wollen wir nicht in das Für und Wider eingreifen, das um dieses Gesetz entbrannt ist, wobei die Frage der Selbstbeteiligung des Versicherten an den Behandlungs- und Arzneikosten wohl der strittigste Punkt ist. Wir haben uns vielmehr darauf beschränkt, die Auffassungen zweier Fachleute zu diesem Problem zur Diskussion zu stellen. Die Meinung der Opposition wird vertreten durch den sozialpolitischen Experten der SPD, Prof. Dr. Ernst Schellenberg, während die Ansicht der Regierung dargelegt wird durch Ministerialdirektor Dr. Kurt Jantz, den Generalsekretär für die Sozialreform, wozu in erster Linie die Neuordnung der Krankenversicherung zählt. Wo die grundsätzlichen Unterschiede liegen zwischen dem Referentenentwurf und der Vorstellung der SPD läßt sich aus den Berichten sowie aus der kurzgefaßten Gegenüberstellung herauslesen. Wohl jeder von uns wird mit großem Interesse dem Fortgang der Erörterungen über die Reform folgen, deren Ziel es sein soll, die Leistungen bei schweren Krankheiten zu verbessern und die Beitragshöhe in tragbaren Grenzen zu halten. Wenn das Parlament im Jahre 1960 das Gesetz verabschiedet, wird sich zeigen, ob und in welcher Weise die augenblicklichen Auseinandersetzungen zu guten Lösungen beigetragen haben. Daß die sachlichen Diskussionen bei größter Aufgeschlossenheit der Beteiligten zu einem guten Ergebnis führen mögen, ist sicherlich nicht nur unser Wunsch.

*

Wenn man ganz allgemein zur Situation der Betriebskrankenkassen etwas sagen will, kommt man schwerlich vorbei an der sozialgeschichtlichen Feststellung, daß in Deutschland die ersten Betriebskrankenkassen — eine der ältesten ist die der GHH — bereits vor mehr als 150 Jahren entstanden sind. Und zwar aus einem echten Bedürfnis heraus; die gegenseitige kameradschaftliche Hilfe der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter gab den Anstoß hierzu. Die Erfahrungen, die mit den Betriebskrankenkassen gemacht wurden, waren schließlich die Grundlage, von der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Bismarcksche Sozialgesetzgebung ausgehen konnte. Den Betriebskrankenkassen war es zu verdanken, daß man damals nicht zu experimentieren brauchte, sondern daß gleich ein Gesetz geschaffen werden konnte, das für die Welt vorbildlich wurde.

Man bezeichnet den Menschen häufig als „zoon politikon", als ein gesellschaftliches Wesen, das das Bedürfnis hat, sich an andere anzuschließen. Wenn wir nun an die Versorgung für den Fall einer Krankheit denken, so entspricht die Bildung einer auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe beruhenden Versicherungsgemeinschaft, eben einer Krankenkasse, ganz diesem Bewußtsein. Der einzelne wäre in der Regel unvoraussehbaren Schäden, deren Schwere er allein nicht tragen kann, schutzlos ausgeliefert. Der Zusammenschluß zu einer Gemeinschaft allerdings vermag ihn zu bewahren vor vielerlei Unbill. Nun soll aber niemand auf den Gedanken kommen und etwa meinen, diese Zugehörigkeit zu einer Versicherungsgemeinschaft wie der Betriebskrankenkasse enthebe ihn aller Selbstverantwortung. Das ist ein Trugschluß! Jeder Mitarbeiter muß wissen, daß es sich bei den von der Betriebskrankenkasse verwalteten Mitteln um solche der Belegschaft handelt, die von jedem einzelnen Kollegen selbst aufgebracht werden müssen und die dazu da sind, dem einzelnen zu helfen, wenn es wirklich notwendig ist. Man täte gut daran, dieses auch allen Neueingetretenen und den Jugendlichen klarzumachen, denn wie eine Veröffentlichung an anderer Stelle dieser Ausgabe besagt, sind die Krankenzahlen unserer jüngeren Mitarbeiter im Verhältnis zur übrigen Belegschaft auffallend hoch.

Es ist bedenklich, wenn hier und da die von dem einzelnen Mitglied aufzubringenden Beiträge für die BKK als nichts anderes betrachtet werden als ein Steuerabzug. Manche Kollegen sehen die Betriebskrankenkasse ferner als eine von ihrem persönlichen Verhalten unabhängige Einrichtung an, aus der man um so mehr herausholen kann, je geschickter man sich verhält. Dabei müßte es eigentlich auch dem letzten Belegschaftsmitglied einleuchten, daß Leistungen der Krankenkasse Geld kosten und daß dieses Geld nicht vom Werk, vom Staat oder von irgendeinem Dritten kommen kann, sondern daß es die Belegschaft ist, die diese Mittel aufzubringen hat. Dieses Bewußtsein, sofern es in der Belegschaft wachgehalten wird, leitet an zu Verantwortungsbewußtsein und selbstverantwortlichem Verhalten.

Daß gerade unsere Belegschaftsmitglieder sich der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich fühlen und in den meisten Fällen die Hilfe der BKK nur da in Anspruch nehmen, wo sie wirklich nötig ist, darauf haben wir — mit berechtigtem Stolz — in der Werkzeitschrift schon verschiedentlich hingewiesen. Seit zwei Jahren verzeichnen wir den niedrigsten Krankenstand im Hüttenwesen. Eine Beitragssenkung auf 6,8 v. H. des Grundlohnes war bei gleichzeitiger Verbesserung der Kassenleistungen das erfreuliche Ergebnis dieses Umstandes. Darüber hinaus hat unsere Belegschaft ein Beispiel dafür gegeben, daß das Lohnfortzahlungsgesetz nicht Ursache für einen erhöhten Krankenstand sein muß. Obwohl auch bei uns nach Inkrafttreten des Gesetzes die bekannten Schwierigkeiten auftraten, gingen bei uns die Krankenzahlen jedoch bald wieder auf das normale Maß zurück. Damit hat unsere Belegschaft gezeigt, daß in dem Arbeiterstand so viel Moral steckt wie in jedem anderen Berufsstand auch. Indem unsere Belegschaft echten Gemeinschaftsgeist bewies, hat sie dem Ansehen der gesamten Arbeiterschaft einen großen Dienst erwiesen, denn es wurde der Beweis dafür erbracht, daß die Arbeiter sich ihrer Verantwortung bewußt und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle würdig sind.

Ergänzend zum Thema „Betriebskrankenkasse" sei noch bemerkt, daß die BKK als betriebliche Gemeinschaftseinrichtung durch die von der Belegschaft selbst gewählten Vertreter mitverwaltet wird und daß auf diese Weise der unmittelbare Zusammenhang zwischen den aufzubringenden Beiträgen und den Leistungen der Betriebskrankenkasse immer offenkundig bleibt. Ein großer Vorteil der BKK liegt ferner darin, daß alle Maßnahmen der Gesunderhaltung, der Krankheitsverhütung und der Betreuung im Krankheitsfall mit den betrieblichen Einsatzmöglichkeiten abgestimmt werden können, z. B. Umbesetzung auf einen leichteren Arbeitsplatz. Das sind keine theoretischen Möglichkeiten, das ist bewährte Praxis.

Selbstverantwortung und Solidarität sind die Voraussetzung dafür, wenn eine solche Gemeinschaftseinrichtung wie die Betriebskrankenkasse sich zum Wohle der Belegschaft gedeihlich entwickeln soll. Daß bei uns diese Grundlagen gegeben sind, kann man vorbehaltlos bejahen. khs.

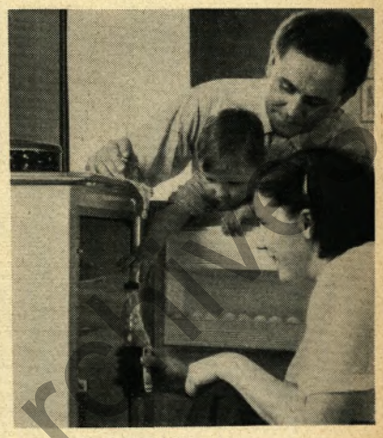
thyssenkrupp Corporate Archives

Schnappschüsse



In der Verkehrssicherheitswoche fand für Lehrlinge und Boten ein Verkehrsunterricht statt. Auf einer Stadtkarte von Oberhausen zeigt hier Sicherheitsingenieur Born, wo im Vorjahre Werksangehörige Unfälle hatten. Die Unfallstellen sind durch Nadeln gekennzeichnet.





Zeitungsverleger u. Journalisten aus Kolumbien, Ecuador, Mexiko und Peru besichtigten kürzlich unser Werk. Der Besuch in Oberhausen fand statt im Rahmen einer Informationsreise, zu der das Bundespresseamt die lateinamerikanischen Publizisten eingeladen hatte.

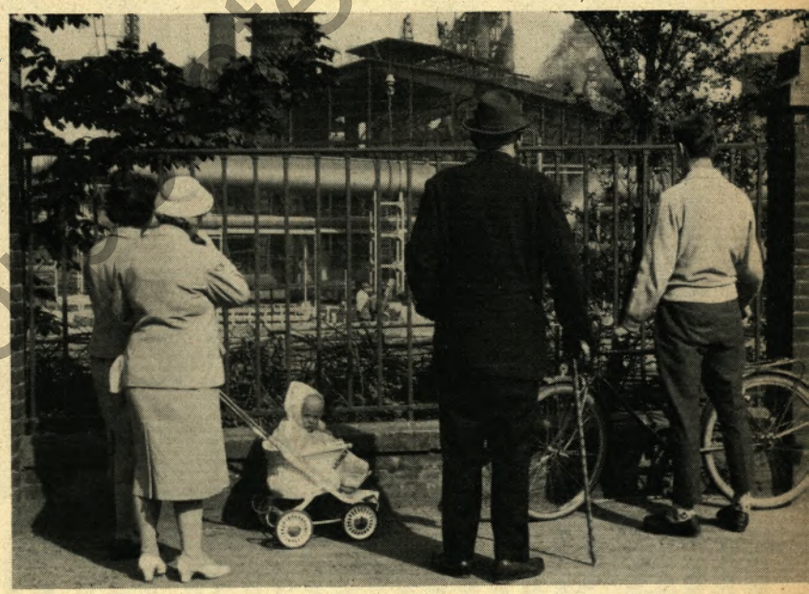
Die Landesverbände des Deutschen Roten Kreuzes Nordrhein und Westfalen-Lippe führten am 28. und 29. April in der Werkschule an der Osterfelder Straße eine Blutspendeaktion durch, an der sich 355 Mitarbeiter beteiligt haben. Unser Bild zeigt einen Kollegen in Betrachtung der Vakuumflaschen mit den ersten Blutspenden.





Vier Generationen am Werkszaun. Was mögen sie wohl denken? — Die Frauen: Dort arbeiten also unsere Männer. Das Kleine im Wagen scheint sich für die Arbeit nicht zu interessieren. Der Pensionär: Donnerwetter, das hat sich ja hier mächtig verändert! Der junge Mann: So sieht ein Hochofen innen aus? Hätt' ich mir ganz anders vorgestellt.

In der Belegschaftsversammlung im Werk Gelsenkirchen am 17. April wurden für die erfolgreiche Senkung der Unfallzahl wieder zwei Kühlschränke verlost. Die Meistergruppen Breuer, Mohnfeld und Unkel hatten den größten Anteil am Rückgang der Unfälle. Die glücklichen Gewinner der Kühlschränke waren Willi Pruss vom Eisendrahtzug (Bild rechts) und der 17 Jahre alte Karl Schaube von der Stiftefabrik, der den schönen Gewinn seiner Mutter zum Muttertag geschenkt hat.



Der junge Fußballer, der hier als Mannschaftskapitän eine deutsche Jugend-Elf (helle Trainingsanzüge) auf den Rasen des berühmten Londoner Wembley-Stadions führt, ist unser Belegschaftsmitglied Klaus Beckfeld, Schlosserlehrling in der Lehrwerkstatt. Vor 100000 begeisterten Zuschauern verloren die deutschen Jungen, nachdem die Entscheidung bereits in der ersten Halbzeit gefallen war, etwas unglücklich mit 0:2. Beim Rückspiel in Essen schlugen sie die Engländer jedoch mit dem klaren 4:0-Ergebnis. In beiden Spielen war Klaus Beckfeld Mittelläufer und Spielführer der deutschen Mannschaft, ein „Turm in der Schlacht". Zu Hause spielt Klaus in der Jugend des VfB Bottrop. Auf dem rechten Bild darf der HOAG-Lehrling bei einem Empfang im Londoner Rathaus die schwere Amtskette des Oberbürgermeisters der britischen Hauptstadt bewundern.







Die Situation in der Stahlindustrie

Am 15. Mai hat in Düsseldorf die diesjährige Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie stattgefunden. Die Anwesenheit von vier Bundesministern, Mitgliedern der Hohen Behörde der Montanunion, mehrerer Minister der Düsseldorfer Landesregierung — an ihrer Spitze Ministerpräsident Meyers und Landtagspräsident Johnen — sowie zahlreichen Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Gewerkschaften unterstrich die Bedeutung dieser Veranstaltung nach außen hin. Von besonderem Interesse, nicht zuletzt auch für die Belegschaften der Eisen- und Stahlindustrie, war der Bericht des Vorsitzers der Wirtschaftsvereinigung, Bergassessor a. D. Dr. Hans-Günther Sohl. Was Sohl zur augenblicklichen Lage der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie ausführte, gibt so präzise und allgemeinverständlich einen Überblick über die Situation und die Probleme unseres Wirtschaftszweiges, daß man eigentlich jedem Angehörigen der eisenschaffenden Industrie empfehlen sollte, diesen Bericht gründlich zu lesen. Um vielen Mitarbeitern Gelegenheit zu geben, sich ein klares Bild zu machen über die Sachlage, haben wir die Ausführungen nachstehend abgedruckt.

Ein ereignisreiches Jahr liegt seit unserer letzten Mitgliederversammlung hinter uns. Politische Entscheidungen bahnten sich an, deren Tragweite wir heute noch nicht voll abzuschätzen vermögen; und auch in unserem eigenen, dem wirtschaftlichen Bereich, vollzogen sich Entwicklungen, die uns vor neue und schwierige Aufgaben stellten.

Als wir uns im Juni des vergangenen Jahres hier zusammenfanden, standen wir unter dem Eindruck einer fühlbaren Abschwächung auf dem Stahlmarkt. Blicken wir heute zurück, so waren über ein Jahr lang die Beschäftigungsmöglichkeiten für unsere Werke zum Teil erheblich beeinträchtigt; 1958 lag die Rohstahlerzeugung im Bundesgebiet mit 22,8 Millionen Tonnen rund 7% unter dem Stand von 1957.

Diese Zahlen spiegeln den noch viel schärferen Einbruch einzelner Monate nur unzureichend wider. Auch die Produktionsergebnisse der ersten Monate des Jahres 1959 zeigen noch deutlich die starken Einbußen unserer Industrie.

Damit wurde — abgesehen von dem leichteren Einbruch in den Jahren 1953/54 — die bisher günstige Nachkriegsentwicklung in unserer Industrie erstmals stärker unterbrochen; und zwar in einer Zeit, in der gesamtwirtschaftlich gesehen nach wie vor ein zwar verlangsamtes, aber doch anhaltendes Wachstum in der Bundesrepublik zu beobachten war.

Inzwischen registrieren wir in unserem Bereich — besonders auch von der Exportseite her — eine deutliche Belebung. Die Auftragseingänge nehmen wieder zu. Im April konnten unsere Werke insgesamt rund 1½ Millionen Tonnen an neuen Bestellungen buchen. Gegenüber den Auftragseingängen des ausgesprochen schlechten Jahres 1958 in Höhe von monatlich rund 1 Million Tonnen ist dies sicherlich eine beachtliche Besserung. Erfreulicherweise konnten daher unsere Werke nahezu überall Produktions- und Arbeitszeiteinschränkungen wieder aufheben. Aber so sehr wir uns darüber freuen, so darf man doch nicht verkennen, daß die derzeitige Marktbelebung noch manche Unsicherheiten in sich birgt, auf die ich nachher im einzelnen zurückkomme.

Lassen Sie mich beginnen mit einer Rückschau auf die Absatzflaute in unserer Industrie. Ich tue dies auch deshalb, weil das zurückliegende Geschehen bei uns ebenso wie in anderen Bereichen Erfahrungen vermittelt und Lehren nahegelegt hat, denen alle, die für die Wirtschaft Verantwortung tragen, Beachtung schenken sollten.

Wie Sie wissen, waren die Absatzschwierigkeiten des Jahres 1958 durch die Entwicklung der Lagerbestände bei unseren inländischen Abnehmern bedingt. Die Vorräte waren aus verschiedenen Gründen überhöht. Wir haben dies frühzeitig erkannt und uns bemüht, den Lagerabbau durch Anpassung der Erzeugung an die verminderten Auftragseingänge und Abrufe zu unterstützen. Zwar führte das bei unseren Werken zu beträchtlichen Produktions- und Umsatzeinbußen; wir glaubten aber, dadurch den Marktschwierigkeiten am besten zu begegnen. Die tatsächliche Entwicklung hat uns recht gegeben. Das zeigte sich schon zu Jahresbeginn, als die Walzstahlvorräte alles in allem auf ein normaleres Maß zurückgeführt waren.

Nun hat diese Produktions- und Absatzpolitik unserer Werke mancherorts Kritik und auch Ratschläge hervorgerufen. Solche Stimmen kamen aus verschiedenen

wirtschaftspolitischen Lagern; interessanterweise klangen sie dennoch zuweilen in seltener Harmonie.

Vor allem möchte ich eines feststellen: Unsere Belegschaften wissen es sicher am besten, daß für die Werksleitungen die Erhaltung der Arbeitsplätze kein leeres Lippenbekenntnis war und ist. Natürlich haben die erforderlichen betrieblichen Einschränkungen für einen Teil unserer Mitarbeiter Unbequemlichkeiten und auch manche Härten mit sich gebracht. Trotzdem hat sich in dieser Zeit wieder einmal die gute Zusammenarbeit zwischen Werksleitungen und Belegschaften bewährt. Wir haben uns im großen und ganzen mit Erfolg bemüht, unsere Mitarbeiter zu halten, während zum Beispiel die amerikanische Stahlindustrie in der letzten Rezession einen beachtlichen Teil ihrer Belegschaften entließ. Dafür mußten bei uns allerdings in vielen Werken gewisse Einschränkungen der Arbeitszeit in Kauf genommen werden, von denen zeitweise bis zu knapp ein Fünftel der Gesamtbelegschaft unserer Industrie betroffen wurde, die aber inzwischen erfreulicherweise praktisch wieder aufgehoben werden konnten.

Man hat uns wegen unserer Dispositionen und der Zuversicht, daß nach Abbau der Lagerbestände wieder eine Nachfragebelebung eintreten würde, gelegentlich „Zweckoptimismus" vorgeworfen. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß uns etwa vor Jahresfrist von gleicher Seite — im Zusammenhang mit dem damals drohenden Streik — „Zweckpessimismus" unterstellt wurde. Inzwischen hat sich wohl erwiesen, wer in beiden Fällen mit seinem Urteil recht behalten hat.

Kohle und Stahl als Krankheitsherde

In der Zeit der lagerbedingten Absatzschwäche hat es auch nicht an dem Rat gefehlt, dieser Situation mit Preissenkungen zu begegnen und damit zu einer Anregung des Verbrauchs beizutragen. Unsere Ratgeber haben aber völlig übersehen, daß es um den Stahlverbrauch gar nicht ging; denn der Stahlverbrauch im Inland stieg damals ebenso wie heute. Zu derartigen Preisüberlegungen bestand daher gar kein Anlaß, vielmehr galt es, den Lagerabbau zu unterstützen und die Produktion diesem Bemühen anzupassen. Anderenfalls wäre der Lagerabbau nur verzögert worden, und wir hätten die Flaute vor uns hergeschoben.

Daß wir im Interesse der Beschäftigung unserer Werke auch zu erheblichen Preisopfern bereit waren, beweist im übrigen unsere Exportpolitik. 1958 haben wir mengenmäßig gesehen 30% mehr Ausfuhrgeschäfte nach Dritten Ländern durchgeführt als im Vorjahr, obgleich die Exporterlöse während dieses Jahres um durchschnittlich rund 200,— DM je Tonne, das heißt um rund ein Drittel, fielen.

Noch ein anderer Vorwurf, den man in Zeiten einer Flaute immer und überall hört, blieb auch uns nicht erspart, nämlich wir hätten unsere Kapazitäten zu stark ausgeweitet. Wie kurzsichtig diese Kritik ist, zeigt sich bereits jetzt, wo Absatz und Produktion wieder steigen. Mit einem vorübergehenden Überangebot muß man in einer Marktwirtschaft ebenso rechnen wie mit einer vorübergehenden Verknappung. Und während man uns eine zu großzügige Investitionspolitik vorhält, fordert interessanterweise die britische Labour Party die erneute Sozialisierung der dortigen Stahlindustrie — ausgerechnet mit der Begründung, wegen zu geringer Investitionen sei künftig eine Stahlknappheit zu befürchten.

Ohnehin wird das Investitionsvolumen der kommenden Jahre dadurch beeinträchtigt, daß sich der konjunkturelle Rückgang auch auf die Neubautätigkeit unserer Werke ausgewirkt hat. Wir rechnen damit, daß 1959 das Investitionsvolumen mit reichlich 800 Millionen DM rund ein Zehntel niedriger als im Vorjahr liegen wird; eine Entwicklung, die sich auch 1960 noch fortsetzen dürfte. Erst in den dann folgenden Jahren wird — soweit sich heute überblicken läßt — dieser Rückgang ausgeglichen und wieder das notwendige Investitionsvolumen erreicht werden, um auf die Dauer gesehen unseren Industriezweig international wettbewerbsfähig zu erhalten. Dieser Aufgabe dient auch die freiwillige Investitionsabstimmung, wie wir sie im Rahmen unserer Wirtschaftsvereinigung durchführen. Gerade die Tatsache, daß wir frei von Investitionskontrollen sind und bleiben wollen, erhöht unsere eigene Verantwortung auf diesem Gebiet.

Alles in allem: Ich meine, die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, daß wir durchaus in der Lage sind, mit vorübergehenden, rein konjunkturellen Schwierigkeiten selbst fertig zu werden. Ich darf dies in der Überzeugung feststellen, daß uns diese Erfahrungen Lehren auch für die Zukunft vermitteln.

Wir Unternehmer sind verpflichtet, unseren Wirtschaftszweig gesund zu erhalten. Dazu gehört nun einmal, daß wir gelegentlich auch unpopuläre Meinungen äußern oder gar unpopuläre Maßnahmen ergreifen müssen.

Aber mit der Gesundheit ist das so eine Sache. Sie entzieht sich einer statistischen Durchschnittsbetrachtung. Wäre es doch für einen von lokalen Beschwerden geplagten Menschen gewiß ein schlechter Trost, würde man ihm lediglich sagen, er sei doch überwiegend gesund. Die Aufgabe des Arztes besteht ja gerade darin, Krankheitskeime rechtzeitig zu erkennen und partielle Leiden möglichst schnell zu heilen, um der Gefahr der Ausbreitung zuvorzukommen.

Nun — Kohle und Stahl waren im letzten Jahr zweifellos mehr oder weniger Krankheitsherde im deutschen Wirtschaftskörper. Ursachen und Folgen ihrer Schwierigkeiten sollten doch zu denken geben.

Falsche Kohlenpreis-Politik

Was den deutschen Steinkohlenbergbau angeht, so sind seine derzeitigen konjunkturellen Schwierigkeiten — sieht man von den langfristigen Strukturproblemen ab — im Grunde auf eine einzige Ursache zurückzuführen — nämlich darauf, daß der Bergbau bisher keine marktwirtschaftliche Preispolitik treiben konnte. Der Kohlepreis ist seit langem ein politischer Preis. Demgegenüber ließ man bei der Einfuhrkohle und beim Heizöl der Marktwirtschaft freien Lauf. Die Konkurrenz unter Produkten, deren Preisbildung ganz unterschiedlichen Gesetzen unterliegt, muß auf die Dauer schwerwiegende Störungen mit sich bringen. Gerade die Doppelpreise bei der Kohle — nämlich teure US-Kohle und billige Inlandskohle — zusammen mit dem Bestreben, bestimmte Verbrauchergruppen preislich zu schonen, führten zu überhöhten Anforderungen an die billige deutsche Kohle. Auf der anderen Seite versuchte man, US-Kohle durch langfristige Abschlüsse — vor allem hinsichtlich der Frachten — kostengünstiger zu erhalten. Die Fehlplanungen, die sich hieraus ergeben haben, sind nicht — wie weithin angenommen wird — die Ursache des gegenwärtigen Kohlendilemmas, sie sind vielmehr im wesentlichen eine Folge der falschen Preispolitik in der Vergangenheit. Bei der Preisdifferenz, wie sie zwischen der Ruhrkohle und der US-Kohle, aber auch anderer Montanunion-Kohle bestand, meldete natürlich jeder Kohlenverbraucher des Gemeinsamen Marktes einen möglichst hohen Bedarf an billiger Ruhrkohle an. Sie alle kennen die Folgen: Deutsche Kohle reichte bei weitem nicht mehr aus, so daß die Bundesrepublik als größter kontinentaler Kohleproduzent höhere Importverpflichtungen einging als manches Land, das seit je auf Kohleeinfuhren angewiesen ist.

Stahl hilft der Kohle

Die deutsche Stahlindustrie, die diese Zusammenhänge vom Standpunkt eines der größten Kohleverbraucher aus sieht, war immer bemüht, eine Brennstoffpolitik zu betreiben, die auch den Interessen unseres Steinkohlenbergbaus gerecht wird. Ich darf nur an folgende Maßnahmen erinnern:

Erstens haben wir, als unsere Produktion und damit auch unser Brennstoffbedarf erheblich zurückging, nicht unsere Bezüge beim deutschen Bergbau gekürzt, sondern statt dessen die uns auferlegten Einfuhrverpflichtungen, die noch im Kohlewirtschaftsjahr 1957/58 etwa 3½ Millionen Tonnen betragen hatten, kurzfristig bis auf einen sehr geringen Rest reduziert.

Zweitens haben wir für die folgenden Kohlewirtschaftsjahre als erster deutscher Wirtschaftszweig die gesamten auf uns entfallenden Lizenzen für US-Kohle über etwa 2,8 Millionen Tonnen zurückgegeben.

Schließlich haben wir uns drittens verpflichtet, im laufenden Kohlewirtschaftsjahr unsere Brennstoffbestände nicht anzugreifen, sondern den Bedarf im wesentlichen aus frischer Förderung zu decken.

Was die nächste Zukunft angeht, so wird die bei uns inzwischen eingetretene Belebung allerdings die Absatzsituation unseres Steinkohlenbergbaus noch nicht sofort nachhaltig bessern. Zwar wird unser Brennstoffverbrauch voraussichtlich zunehmen. Da wir jedoch im vergangenen Jahr rund 2 Millionen Tonnen Kohle und Koks mehr bezogen als verbraucht haben, dürfte unser diesjähriger Bezug die Höhe des Vorjahres nicht übersteigen.

Auch der Bergbau wird eines Tages mit seinen Schwierigkeiten fertig werden. Dazu gehört natürlich eine energiewirtschaftliche Gesamtkonzeption, die der Bergbau ja schon seit langem fordert. Vor allem aber gilt es meines Erachtens, seine Wettbewerbsfähigkeit soweit wie möglich durch marktwirtschaftliche Mittel wiederherzustellen. Das geht nicht ohne Anpassung der Förderung an den Bedarf, Rationalisierung und andere kostensen-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Die Aufgliederung der Weltrohstahlerzeugung im Jahre 1958

Über die Weltrohstahlerzeugung des Jahres 1958 im Vergleich zu 1956 und 1957 legt die Wirtschaftskommission der UN (ECE) jetzt die tabellarische Aufgliederung nach wichtigsten Ländern vor (in 1000 metrischen Tonnen = 1016 Kilogramm):

	Weltstahlerzeugung		
	1956	1957	1958*)
Belgien	6376	6267	6006
Frankreich	13398	14098	14588
Saar	3375	3463	3486
Westdeutschland	23189	24507	22786
Italien	5908	6787	6269
Luxemburg	3456	3493	3379
Niederlande	1051	1185	1436
Montanunion insgesamt	56753	59800	57950
Österreich	2078	2509	2393
Dänemark	240	262	257
Finnland	197	209	188
Griechenland	60	60	60
Irland	30	35	38
Norwegen	287	346	365
Spanien	1243	1347	1475
Schweden	2423	2507	2413
Schweiz	171	234	244
Türkei	202	184	162
Großbritannien	20991	22047	19981
Jugoslawien	885	1048	1112
Westeuropa insgesamt	85560	90588	86638
Bulgarien	129	140	150
Tschechoslowakei	4882	5166	5508
Sowjetzone	3110	3304	3023
Ungarn	1415	1375	1629
Polen	5014	5304	5606
Rumänien	779	864	975
Osteuropa insgesamt**)	15329	16153	16891
Europa insgesamt**)	100889	106741	103529
UdSSR	48698	51043	54900
USA	104524	102253	77200
	Nichtmitgliedsländer		
Kanada	4812	4572	3896
VR China	4520	5250	11000
Japan	11106	12564	12115

*) vorläufig **) ausschließlich UdSSR.

Einschließlich einiger in der vorstehenden Übersicht nicht berücksichtigter Länder (insbesondere in Südamerika) veranschlagt die ECE die Weltrohstahlerzeugung auf rund 270 Millionen Tonnen, gegenüber 293 Millionen Tonnen in 1957, 284 Millionen Tonnen in 1956 und 270 Millionen Tonnen in 1955.

Thyssen Krupp Corporate Archives

kende Maßnahmen. Dabei versteht sich am Rande, daß die besonderen Bedingungen, unter denen der deutsche Steinkohlenbergbau arbeitet, ihm diese Aufgaben wesentlich schwieriger machen, als es zum Beispiel in unserer Industrie der Fall ist.

Zwischen unseren Problemen und denen des Steinkohlenbergbaus bestehen in mancher Beziehung deutliche Unterschiede. Der Verbrauch an Steinkohle ist gesunken, während der Stahlverbrauch — wie gesagt — weiter angestiegen ist. Auch die Folgerungen, die sich hieraus ergaben, waren verschieden. Wir sind unseren Absatzschwierigkeiten durch Anpassung unserer Produktion an die laufende Nachfrage begegnet. Demgegenüber hat der Bergbau, dessen Angebot von Natur aus unelastischer ist, seine Produktion trotz Feierschichten gehalten und die nicht absetzbaren Mengen auf Halde gelegt.

Aber im Grunde genommen gleichen sich Schwierigkeiten bei Kohle und Stahl doch. Sie lassen sich nämlich letzten Endes auf die gleiche Ursache zurückführen: Auch dem deutschen Stahl ist ja in der Vergangenheit keine marktwirtschaftliche Preisbildung zugestanden worden. Sein Preis ist ebenfalls weitgehend ein politischer Preis. Ich erinnere nur an die bekannten Preisdebatten der Jahre 1956 und 1957.

Daß solche Verhandlungen, die sich über Monate hinzogen und natürlich in der Öffentlichkeit nicht unbekannt blieben, unsere Kunden zu Dispositionen anregten, die schließlich zu einer übertriebenen Vorratsbildung führten, ist nur zu verständlich. Wieweit aber solche Preisbildungsvorgänge sich noch mit den Prinzipien einer Marktwirtschaft vertragen, möchte ich Ihrem Urteil überlassen. Ich habe es eigentlich nie recht verstanden, wenn auch von guten Freunden gelegentlich die Frage gestellt wurde: „Brauchen Sie die Preiserhöhung wirklich?" Zu Ende gedacht, müßte man nach dieser Devise in Zeiten guter Konjunktur, nämlich, „wenn man es sich leisten kann", die Preise senken, um sie in schlechten Zeiten — „wenn man es nötig hat" — zu erhöhen. Mir scheint, daß ein solches Verhalten zwar dem „LSÖ-Denken" vergangener Zeiten, nicht aber marktwirtschaftlichen Ideen entspricht. In der Marktwirtschaft hat doch schließlich der Preis eine marktregelnde Funktion; so kann eine Preiserhöhung der Konjunkturdämpfung und eine Preissenkung der Konjunkturbelebung dienen.

Eine solche marktwirtschaftliche Preisbildung braucht dem auch von uns immer anerkannten Ziel, die Währung stabil zu halten, durchaus nicht im Wege zu stehen.

Wir sehen all diese Probleme wirklich nicht nur vom Standpunkt unserer eigenen Industrie. Schließlich sollte man nicht übersehen, daß politische Preise einzelner Wirtschaftszweige das Gesamtgefüge der Marktwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Es ist noch gar nicht so lange her, daß das Problem der Konjunkturüberhitzung im Mittelpunkt unserer wirtschaftspolitischen Diskussion stand. Damals stellte mir ein weithin angesehener Wirtschaftspolitiker die Frage, ob nicht diese Überhitzung zum guten Teil auch eine Folge zu niedriger Grundstoffpreise in der Bundesrepublik sei.

Das französische Stahlpreis-Dilemma

Paßt schon aus innerdeutscher Sicht ein politischer Preis schlecht als Deckel auf einen marktwirtschaftlichen Topf, so muß ein solches Experiment erst recht mißlingen, wenn — wie seit einigen Monaten — ein außerdeutscher politischer Preis das Marktgeschehen im Inland bestimmt.

Ich möchte gerade an dieser Stelle keine Mißverständnisse aufkommen lassen: Unsere Einwände richten sich nicht gegen die französischen Währungsmaßnahmen als solche. Wir erkennen an, daß sie — währungspolitisch gesehen — durchaus im Interesse der weiteren europäischen und internationalen Zusammenarbeit liegen. Jeder, der an einem dauerhaften Wachstum der europäischen Wirtschaft interessiert ist, wird den wirtschaftspolitischen Bemühungen der französischen Regierung Erfolg wünschen. Wir haben uns immer zu einer engen Zusammenarbeit mit unserem großen Nachbarn im Westen bekannt und hoffen sehr, daß es dort gelingt, die innere finanzielle Stabilität sowie den Ausgleich der Zahlungsbilanz auf die Dauer zu sichern. Und wir freuen uns, daß die Probleme, die sich letzthin zwischen der französischen Stahlindustrie und uns ergeben haben, das freundschaftliche Verhältnis in keiner Weise beeinträchtigen konnten, sondern im Zeichen gegenseitigen Verstehens diskutiert werden.
So weit — so gut.

Selbst der Druck, den die französische Regierung in diesem Zusammenhang auf die dortigen Stahlpreise ausübt, brauchte uns noch nicht zu berühren, wenn sich nicht die daraus resultierende innerfranzösische Preisbildung auf Grund des Montanvertrages zwangsläufig auch auf den außerfranzösischen Montanunionsmarkt auswirken würde.

Was die Abwertung des französischen Franc im einzelnen angeht, so darf ich daran erinnern, daß wir die Auswirkungen der ersten Abwertung vom Herbst 1957 noch selbst überbrücken konnten. Im Zusammenhang mit der neuerlichen Abwertung sind aber nunmehr Preisverzerrungen auf dem gemeinsamen Stahlmarkt entstanden, denen mit unternehmerischen Dispositionen allein nicht mehr begegnet werden kann.

Ich darf noch einmal das Ausmaß dieser Verzerrung — so, wie es auch von der Hohen Behörde festgestellt worden ist — in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Infolge der beiden französischen Abwertungen und des erwähnten politischen Drucks sind die französischen Stahlpreise außerhalb Frankreichs um 18% niedriger geworden. Das bedeutet für unseren Inlandsmarkt, auf dem vor den Währungsmaßnahmen französischer Stahl durchweg teurer war als deutscher, daß nun im Durchschnitt aller Sorten und Standorte die Preise für französische Stahlerzeugnisse um etwa 10% unter unseren Preisen liegen.

Auch die Hohe Behörde erblickt darin eine schwere Störung des Gleichgewichts im Gemeinsamen Markt. Bekanntlich hat sie deshalb die französische Regierung aufgefordert, hiergegen geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

In den vergangenen Wochen ist viel darüber gesprochen und geschrieben worden, wie Frankreich auf diese Empfehlung reagieren wird. Es war zunächst die Rede von einer Exporttaxe in Höhe von 4%, man sprach dann von einer 2%igen Erhöhung der Preise für französisches Thomasmaterial. — Alles in allem nur Schönheitspflaster für die Beseitigung einer schweren Gleichgewichtsstörung im Sinne des Montanvertrages. Aber noch nicht einmal dazu konnte man sich bisher entschließen. Vielmehr sieht es zur Zeit fast so aus, als habe die eindeutige Empfehlung der Hohen Behörde nicht mehr Erfolg als das bekannte Hornberger Schießen.

Die Vorschläge, die wir angesichts der Wettbewerbsverzerrungen gemacht haben, möchte ich hier nicht wiederholen. Lassen Sie mich aber anhand eines einfachen Beispiels einmal erläutern, wie die Preissituation auf dem Stahlmarkt der Montanunion zur Zeit ist:

Einheimischer Stabstahl kostet in Frankreich und Deutschland für den jeweiligen inländischen Verbraucher etwa gleich viel — nämlich 433 DM je Tonne Basis Diedenhofen und 434 DM Basis Oberhausen. Kommt nun der französische Stahl nach Deutschland — zum Beispiel nach Oberhausen —, so vermindert sich sein Preis trotz der Frachtbelastung durch umsatzsteuerliche Ent- und Belastungen an der Grenze von 433 auf 395 DM. Umgekehrt verteuert sich bei gleicher Fracht deutscher Stahl, der nach Frankreich — zum Beispiel nach Diedenhofen — geliefert wird, durch umsatzsteuerliche Manipulationen von 434 auf 538 DM.

Französischer Stahl kann also vom deutschen Verbraucher billiger gekauft werden als vom französischen Verbraucher, während umgekehrt der deutsche Stahl in Frankreich erheblich mehr kostet als in Deutschland, und dies beruht einzig und allein auf den gegenwärtig praktizierten umsatzsteuerlichen Ent- und Belastungen im grenzüberschreitenden Verkehr: ein Problem, das 1953 Gegenstand des sogenannten Steuerstreites war und das wahrscheinlich erst langfristig im Rahmen der EWG gelöst werden kann.

Heute handelt es sich für uns lediglich darum, daß dieses System gerecht angewandt wird. Wir haben dabei niemals etwas anderes gefordert — und werden es auch nicht tun —, als Maßnahmen, die in Übereinstimmung mit den europäischen Verträgen und dem GATT stehen. Solche Maßnahmen sind international üblich und als marktkonform anerkannt. Wir verlangen Gerechtigkeit — nicht mehr und nicht weniger.



Die Montan-Umlage ist zu hoch

In diesem Zusammenhang lege ich Wert darauf, festzustellen: Ebensowenig wie früher die Sorgen um unsere Rohstoffe, können jetzt solche Sorgen um unseren Markt etwas an unserer grundsätzlichen Einstellung zur Montanunion ändern.

Vielmehr möchte ich klar zum Ausdruck bringen: Wir treten nach wie vor entschieden für eine weitere europäische und internationale Zusammenarbeit ein und meinen sogar, daß Stillstand Rückschritt bedeutet. Zeigen meines Erachtens doch gerade die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem Stahlmarkt, daß ein gemeinsamer Markt für einzelne Produkte nicht der Weisheit letzter Schluß ist. Zwar bemüht sich die Hohe Behörde, mit den Problemen, die gerade die Teilintegration immer wieder aufwirft, im Rahmen ihrer vertraglichen Möglichkeiten, so gut es geht, fertig zu werden. Das erkennen wir gern an. Wir meinen jedoch, daß der Weg nach vorwärts führen muß und daß man auf die Dauer nicht umhin kann, die bestehenden gemeinsamen Märkte einander anzunähern. Damit würden sich manche Fragen leichter lösen lassen; andere sogar von selbst erledigen. Das gilt auch für die leidige Montanumlage, die Kohle und Stahl als Extrasteuer entrichten müssen. Der Montanvertrag gibt der Hohen Behörde außergewöhnliche Vollmachten für Erhebung und Verwendung der Umlage. Solchen besonderen Vollmachten muß auch eine besondere Verantwortung entsprechen, zumal praktisch keine der sonst üblichen Etatkontrollen besteht. Wir sind der Ansicht, daß die von der Hohen Behörde seit Jahren verfolgte Überschußpolitik ihr Ende finden und die Montanumlage kräftig herabgesetzt werden sollte. Zu dem Gesamtaufkommen bis Ende 1958 in Höhe von rund 1 Milliarde DM hat die deutsche Montanindustrie fast die Hälfte beigetragen. Die Hohe Behörde war bis zum gleichen Zeitpunkt in der Lage, Reserven von über 700 Millionen DM anzusammeln. Wir hoffen, daß sie durch eine Änderung ihres Finanzgebarens auch auf diesem Gebiet ihren guten Willen bald unter Beweis stellen wird. An Vorbildern für eine vernünftige Finanzpolitik fehlt es nicht. Ich darf hier auf unseren verehrten Bundesfinanzminister hinweisen, der den gewiß sorgenvolleren Weg des öffentlichen Haushalts „am Rande des Defizits" einer Überschußpolitik vorzieht.

Wie ist die Lage?

Eingangs habe ich die erfreuliche Auftragsbelebung erwähnt, die unsere Werke augenblicklich verzeichnen können. In der Öffentlichkeit scheint nun mancherorts der Eindruck entstanden zu sein, unsere Industrie habe ihr Leben im Schatten wieder nachhaltig mit einem sonnigeren Platz vertauscht, und daher sei wohl auch

Krupp-Corporate Archives

die Beseitigung der Preisverzerrung weniger dringend geworden. Eine solche Betrachtung geht aber unseres Erachtens an der Problemstellung vorbei, da sie nicht nur wesentliche Unsicherheitsfaktoren, sondern auch die zwangsläufigen Auswirkungen auf das Preisverhalten unserer Werke übersieht.

Wie sieht es denn tatsächlich aus? Die lebhaftere Bestelltätigkeit wurde eingeleitet durch eine deutliche Besserung des Exportgeschäftes im vergangenen Februar. Sie war insoweit außergewöhnlich, als allein die Vereinigten Staaten, nachdem ihre eigene Kapazität wieder nahezu voll ausgelastet war, im Montanunionsraum über 300000 Tonnen Walzprodukte bestellten. Der rasche Anstieg von Aufträgen und Produktion in den USA ist jedoch nicht nur aus einem ansteigenden Verbrauch zu erklären. Vielmehr resultiert dort die zusätzliche Nachfrage zu einem erheblichen Teil aus der Sorge vor einem drohenden Streik der amerikanischen Stahlarbeiter im kommenden Sommer. Daher werden zur Zeit in den USA vorsorglich beträchtliche Vorräte angelegt.

Die Folgen überhöhter Lagerbestände aber haben wir ja in jüngster Vergangenheit am eigenen Leibe erfahren. Wenn der befürchtete Streik in den USA nur von kurzer Dauer ist oder abgewendet wird, kann es sehr wohl sein, daß sich der internationale Exportmarkt erneut abschwächt.

In den vergangenen Monaten — und auch heute noch — profitieren alle Länder der Montanunion von der lebhaften Bestelltätigkeit auf dem Weltmarkt. Hierdurch und infolge der durch das künstliche Preisgefälle verstärkten Auftragserteilung deutscher Verbraucher sind die Stahlindustrien unserer westlichen Nachbarländer seit mehreren Wochen mit Aufträgen so eingedeckt, daß ihre Lieferfristen erheblich länger geworden sind und schon mehrere Monate betragen.

Da die deutschen Werke im allgemeinen noch kurze Lieferfristen haben, ist es jetzt auch für deutsche Verbraucher — trotz des Preisgefälles — wieder interessant, bei deutschen Werken zu kaufen. Das will nicht sagen, daß unser Auftragseingang aus dem Inland während der letzten Wochen nur hierauf zurückzuführen ist. Ein Teil unserer Abnehmer wird immer die traditionellen Lieferbeziehungen zu unseren Werken aufrechterhalten in der Überzeugung, damit auf die Dauer besser zu fahren.

Aber wir haben es ja erlebt, welche Rolle das künstliche Preisgefälle auf dem Gemeinsamen Markt spielen kann. Muß es nicht zu denken geben, daß allein im März von dem Auftragszuwachs, der aus Bestellungen deutscher Verbraucher herrührte, nur ein knappes Viertel den deutschen Werken zugute kam, während der weitaus größte Teil von unseren Konkurrenten in der Montanunion gebucht wurde. Bei einer erneuten Abschwächung des Exportmarktes werden gerade unsere westlichen Konkurrenten, die seit je auf das Ausfuhrgeschäft in höherem Maße angewiesen sind als wir, wieder verstärkt einen Ausgleich auf dem deutschen Markt suchen. Dann würde sich die Wettbewerbsverfälschung wieder in voller Schärfe zu unseren Lasten auswirken. Ganz unabhängig davon wird die Preisverzerrung aber auch dann stärker zu unserem Nachteil ausschlagen, wenn unser derzeitiger Vorteil der kürzeren Lieferfristen schwindet.

Für einen echten Wettbewerb

Ich möchte gewiß unsere Freude über die Marktbelebung nicht trüben — aber wir würden doch leichtfertig handeln, wenn wir wegen der sich füllenden Auftragsbücher an den bestehenden Unsicherheitsfaktoren und den nach wie vor ungelösten Problemen vorbeisehen würden.

Wir haben immer betont, daß wir fest auf dem Boden der Marktwirtschaft stehen und uns gern marktwirtschaftlich verhalten wollen. Angesichts der geschilderten Situation können wir das aber erst dann, wenn die marktwidrigen Einflüsse und Wettbewerbsverfälschungen beseitigt sind und wieder ein tragfähiger Boden für das freie Spiel der Kräfte geschaffen ist. Wie dann das Preisverhalten unserer Werke aussehen wird, liegt in erster Linie bei „Seiner Majestät dem Kunden". Wir haben den Eindruck, daß unsere Kunden, mit denen uns von jeher eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit verbindet, bisher immer auf eine möglichst stabile Preispolitik Wert gelegt haben. Wir sind aber auch gern zu einer flexibleren Preispolitik bereit, wenn diese von unseren Abnehmern gewünscht wird. Nur eines kann niemand von uns erwarten: Flexibilität nur in einer Richtung — und zwar nach unten in Zeiten einer Marktschwäche! Denjenigen Verbrauchern aber, die uns auf die zeitweilig niedrigeren Marktpreise, vor allem im Export, hinweisen, möchte ich sagen, daß sie bei unseren Werken sicherlich mit Verständnis und Entgegenkommen rechnen können, wenn sie den Wunsch haben sollten, auf der Grundlage der jeweiligen Brüsseler Exportpreise langfristige Verträge abzuschließen.

Über Preissysteme läßt sich reden; und wie verschieden sie sein können, zeigt uns ein Blick über die Grenzen. Schon innerhalb der Montanunion wird die Preisgestaltung ganz unterschiedlich praktiziert. Ich erinnere nur an die deutschen und belgischen Stahlpreise. Während wir, wie viele andere europäische Länder, bei relativ stabilen Inlandspreisen im Export den Schwankungen der Weltmarktpreise folgen, paßt Belgien auch die Inlandspreise diesen Schwankungen an. Die Amerikaner gehen einen dritten Weg: sie gleichen die Exportpreise ihren Inlandspreisen an; und zwar mit einer Begründung, die sicherlich bei einem starken Inlandsmarkt einiges für sich hat.

Unsere amerikanischen Kollegen meinen nämlich, daß sie in guten Zeiten ihren eigenen Markt nicht wegen hoher Exporterlöse vernachlässigen sollten, und daß sie in schlechten Zeiten ihre Auslandskunden nicht billiger als die inländischen beliefern wollen.

Für jedes dieser verschiedenen Preissysteme mag einiges sprechen. Bei uns müssen wir aber mit dem Gemeinsamen Markt rechnen; und es stellt sich hier eine Frage, die ich bereits im Vorjahr angeschnitten habe: nämlich die, ob und inwieweit der Wettbewerb in der Montanunion auf die Dauer verschiedene Preissysteme einzelner Mitglieder zuläßt. Überdies müssen wir aber — was die Freiheit unseres Handelns angeht — schließlich auch noch die rein planwirtschaftlich oder politisch bestimmten Preise einiger Ostblockstaaten in Rechnung stellen.

Läßt man uns im Stich . . .

Eines müssen wir aber ganz klar zum Ausdruck bringen: Läßt man uns im Stich, wenn politische Preise des Auslandes — gleich woher sie kommen — hier bei uns die marktwirtschaftlichen Spielregeln durcheinanderbringen und ergreift man in solchen Fällen nicht Maßnahmen, die allgemein als marktkonform und international zulässig anerkannt sind, so werden unsere Werke nicht daran vorbeikommen, dies bei ihrem Preisverhalten in Rechnung zu stellen. Sie werden dann in Haussezeiten Inlandspreise fordern müssen, die sie nicht nur gegen das Risiko einer Marktschwäche absichern, sondern auch gegen Verluste durch politische Preise. Ob eine solche Preispolitik freilich im Interesse unserer Kunden und unserer Währungsstabilität liegen würde — das muß man doch wohl mit Recht bezweifeln.

Wenn ich an so manche Diskussion in den vergangenen Monaten denke, erscheinen mir auch noch aus anderer Sicht heraus einige Bemerkungen zu den Stahlpreisen am Platz. Man spricht immer von „dem" Stahlpreis. Dabei haben die einzelnen Produkte aus Eisen und Stahl durchaus ihre eigenen Märkte, so wie sie auch in gewissem Umfang ihre eigenen Selbstkosten haben. Im Rahmen einer echten Marktwirtschaft dürften die deutschen Walzprodukte überwiegend ein zu niedriges Preisniveau haben. Aber dort, wo es möglich ist, wollen wir — sofern die Voraussetzungen dafür geschaffen werden — dazu beitragen, daß die Vorteile der technischen und organisatorischen Rationalisierung auch den Verbrauchern zugute kommen.

Konkurrenz wird noch schärfer

Und noch ein weiteres: Ich habe manchmal den Eindruck, daß Probleme dort gesucht werden, wo es sie gar nicht gibt. Alle Kenner des Stahlmarktes — auch die Hohe Behörde — wissen, daß sich die Preise für Stahlerzeugnisse innerhalb einzelner Reviere mehr oder weniger schnell auf ein einheitliches Niveau einpendeln. Aber es soll doch niemand glauben, das bedeute etwa eine Ausschaltung des Wettbewerbs. Wir wissen, daß er als wichtiger Motor für die Marktwirtschaft unentbehrlich ist. Er ist auch dort intakt, wo die Realitäten einer dynamischen Wirtschaft etwas von den statischen Modellen der sogenannten



„atomistischen, vollständigen Konkurrenz" abweichen. Erfreulicherweise wächst mehr und mehr die Erkenntnis, daß wirtschaftlicher Fortschritt und das Funktionieren der marktwirtschaftlichen Ordnung keineswegs allein davon abhängen, daß — wie es in manchen Lehrbüchern heißt — „unzählige Anbieter" einer „Unzahl von Nachfragenden" gegenüberstehen.

Unternehmerische Dispositionen entsprechen zwar nicht immer lehrbuchmäßigen Modellen; daraus läßt sich aber noch lange nicht ableiten, daß sie dem Wettbewerb zuwiderlaufen. Auch in unserem Sektor zeigt sich, daß mit der Ausweitung der Märkte und ebenso mit der Vergrößerung der Unternehmen die Konkurrenz eher schärfer wird. Unsere Werke besitzen nicht etwa eine zementierte Marktposition, sondern sie müssen sich im scharfen Wind des Wettbewerbs immer wieder neu bewähren. Sie können es sich nicht leisten, in ihren Anstrengungen um ständige Anpassung an die wechselnden Absatzerfordernisse und den technischen Fortschritt nachzulassen.

Auch ein anderer Gesichtspunkt wird häufig übersehen: Die Stellung unserer deutschen Werke im internationalen Wettbewerb hängt stark von ihrer Kostensituation ab, wobei ja bekanntlich den Rohstoffen ein besonderes Gewicht zukommt. Was unsere Brennstoffversorgung angeht, so ist zwar nach wie vor die heimische Kohle die natürliche Standortgrundlage der deutschen Stahlindustrie, und wir haben das Vertrauen zu ihr, daß sie es auch bleiben wird. Aber mit dem Kostenvorsprung, den sie uns bisher gegenüber manchen Konkurrenten gewährte, können wir wohl nicht mehr im gleichen Ausmaß rechnen. Um so größere Bedeutung kommt daher der Erzversorgung zu. Schwedische Erze sehen wir auch weiterhin als unsere wichtigste Versorgungsquelle an. Da jedoch rund die Hälfte des deutschen Rohstahls auf der Thomasseite liegt und zwei Drittel unseres Roheisens phosphorhaltig sind, haben wir in unserer Erzversorgung immer auf die Minette zu blicken, die — an Ort und Stelle verhüttet — unseren westlichen Konkurrenten einen Kostenvorsprung in einer Größenordnung von 50 DM je Tonne Roheisen sichert. Diese Tatsache wird für unsere Unternehmen bei all den risikoreichen und teuren Erzprojekten, die sie in zahlreichen Ländern prüfen und in Angriff nehmen, immer richtungsweisend sein. Dies um so mehr, als es die Entwicklung des Blasstahlverfahrens heute ermöglicht, auch aus hoch phosphorhaltigen Minetteerzen Stahl in SM-ähnlichen Qualitäten herzustellen.

Falsche Vorstellungen

Alles in allem: Wir müssen damit rechnen, daß der Wettbewerb in jeder Weise schärfer wird. Von einer wirtschaftlichen Machtposition unserer Unternehmen zu sprechen, erscheint mir deshalb einigermaßen verfehlt. Und wenn gar in diesem Zusammenhang eine öffentliche Kontrolle gefordert wird, dann können wir darauf nur antworten, daß unsere Unternehmen bereits der fortlaufenden Kontrolle durch den Markt und die breiten

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Schichten der Eigentümer, durch ihre Publizität und durch die sich darauf gründende publizistische Kritik unterliegen. Das ist doch wohl die nützlichste und auch wirksamste Kontrolle, die man sich in einem freiheitlichen Wirtschaftssystem denken kann. Wer aber immer noch der Meinung ist, die Montanindustrie beherrsche die ganze Wirtschaft, dem müßte doch eigentlich spätestens im vergangenen Jahr aufgegangen sein, daß wir umgekehrt von dem allgemeinen Fortschrittstempo und besonders der Gesundheit unserer Kunden abhängen.

Daher sollte man endlich damit aufhören, die Freiheit und das natürliche Wachstum in unserem Wirtschaftszweig behindern zu wollen.

Das gilt nicht zuletzt auch für die Maßnahmen der sogenannten Re-Entflechtung, die in den letzten Jahren unnötig viel Staub aufgewirbelt haben und deren Ende nun bevorsteht. Es ist doch wohl inzwischen für jedermann deutlich geworden — und ich brauche es wohl hoffentlich zum letzten Male zu sagen —, daß sich alle hieran geknüpften Befürchtungen — insbesondere, daß die früheren Vereinigten Stahlwerke wieder erstehen können — als falsch erwiesen haben.

Für sinnvolle Konzentration

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch etwas zu dem gegenwärtig viel erörterten Konzentrationsproblem sagen. Erfreulicherweise kann man doch wohl feststellen, daß sich die Diskussion hierüber mehr und mehr versachlicht. Heute bestreitet zum Beispiel niemand mehr ernsthaft, daß in der Eisen schaffenden Industrie große Unternehmenseinheiten aus technischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig sind.

Optimismus tut not

Ich komme zum Schluß. Hinter uns liegt ein Jahr zahlreicher Schwierigkeiten, die Probleme und Aufgaben mit sich brachten, wie sie unsere Industrie seit langem nicht kannte. Ich habe versucht, sie Ihnen ganz offen und mit der gebotenen Nüchternheit darzulegen.

Aber es war auch ein Jahr der Bewährung. Wir glauben, wir sind den Anforderungen, die an uns gestellt wurden, gerecht geworden. — Eines hat sich wiederum deutlich gezeigt: Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwäche hängt für eine baldige Gesundung viel von der richtigen Weichenstellung ab. Dazu gehört natürlich ein kräftiger Schuß Optimismus, an dem es uns nicht fehlt. So sind wir davon überzeugt, auch mit den Aufgaben der Zukunft fertig zu werden. Vergessen wir nicht, der Stahlbedarf steigt in aller Welt weiter an. Alle Stahlländer stellen sich darauf ein. Um nur zwei Beispiele zu nennen: die Amerikaner rechnen bis 1965 mit einem Kapazitätszuwachs von 40 Millionen Tonnen. Die Sowjetunion will in etwa der gleichen Zeit ihre jährliche Rohstahlproduktion von gegenwärtig 55 Millionen auf rund 90 Millionen Tonnen bringen. All dies stellt die europäische Stahlindustrie vor die Notwendigkeit, das Ihre zu tun, um Schritt halten zu können. Gerade beim Wettlauf mit dem Osten werden wir von den bewährten Wirtschaftsprinzipien der freien Welt nicht ablassen können. Wir sind fest davon überzeugt, daß ein dauerhaftes Wachstum der deutschen Wirtschaft und mit ihr unserer Stahlindustrie erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten — Staat, Arbeitgeber und Arbeitnehmer — von ihrer Freiheit den rechten Gebrauch machen. Sicher wird es im Wirtschaftsablauf immer gewisse Schwankungen geben. Ich kann und will hier nicht untersuchen, ob eine staatliche Planwirtschaft dieses verhindern könnte und vor allem, welchen Preis man dafür bezahlen muß.

Aber wenn tatsächlich gelegentliche konjunkturelle Schwankungen unser Tribut für ein Leben in Freiheit wären, dann sind wir bereit, ihn zu entrichten. Diese Überzeugung teilen wir mit der großen Mehrheit unseres Volkes und besonders mit unseren Belegschaften, mit denen wir in gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen auch im vergangenen Jahr zusammengearbeitet haben. Ihnen an dieser Stelle dafür zu danken, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis.

Diese Zusammenarbeit ist ein entscheidender Beitrag dazu, unserer Gesellschaftsordnung die Tragfähigkeit zu verleihen, deren sie bei den großen politischen Gegensätzen in der Welt bedarf. Das auszusprechen, hat nichts mit „sozialer Romantik" zu tun. Wir kennen und achten die Interessen unserer Mitarbeiter und wären schlechte Wirtschaftler, wenn wir kein Verständnis dafür hätten, daß sie diese auch entsprechend vertreten. Aber solche Interessengegensätze müssen doch verblassen, wenn es um die Prinzipien unserer freiheitlichen Ordnung geht.

Bekenntnis zu Berlin

So richten sich in diesen Tagen die Blicke unseres ganzen Volkes auf Berlin. Es ist Aufgabe der Politiker, hier Lösungen zu finden, die den Menschen dieser Stadt und ihrem Freiheitswillen gerecht werden. Unsere Pflicht aber ist es mitzuhelfen, daß in der Hauptstadt unseres Vaterlandes die wirtschaftlichen Voraussetzungen freiheitlichen Lebens erhalten und weiter ausgebaut werden. Die deutschen Eisen schaffende Industrie hat sich bisher darum bemüht und wird es in Zukunft noch verstärkt tun.

Vor wenigen Wochen hat der Vorstand unserer Wirtschaftsvereinigung in Berlin getagt. Wir haben dort unsere Probleme erörtert und uns mit den Sorgen der Berliner noch mehr vertraut gemacht. Eines haben wir aus dieser Stadt mitgebracht: Den Optimismus, der auch mit schwierigsten Situationen fertig wird. Damit wollen auch wir an die Aufgaben herangehen, die das kommende Jahr uns stellen wird.

Deutsche Nachwuchskräfte in England

Fortentwicklung ihrer wirtschaftlichen Kenntnis über England und vor allem Übung und Verbesserung der englischen Sprachkenntnisse waren Gegenstand für 28 Teilnehmer des 3. Englandseminars, das im Mai zu Ende ging. Nach den guten Erfahrungen mit den beiden ersten Kursen in den Jahren 1957 und 1958 hat die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie auch in diesem Jahr ein Seminar durchgeführt. Über die Dauer von vier Wochen hatten kaufmännische und technische Nachwuchskräfte Gelegenheit, ihr Wissen über England und seine Sprache zu vervollständigen.

In diesem Jahr nahm von unserem Werk Josef Glasik aus dem Verkauf an dem Kursus teil. Für alle Teilnehmer war das Lehrgangsprogramm des City of Birmingham College of Commerce äußerst fruchtbar. Der Unterrichtsplan umfaßte außer dem täglichen Sprachunterricht u. a. folgende Themen: Das Leben in Mittelengland, die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens; die Industrie Birminghams, die Zentralregierung, die Wirtschaftsverbände, die Organisation der britischen Eisen- und Stahlindustrie; Fragen der nationalisierten Industrie, Gewerkschaftswesen; London als Handelsmittelpunkt. Der gesamte Unterricht wurde in englischer Sprache durchgeführt.

Ergänzt wurde der Kursus durch zahlreiche Besichtigungen von Werken der englischen Eisen- und Stahlindustrie, Kanal- und Dockanlagen in Liverpool, der zentralen Ausbildungsstätte für Führungskräfte der Eisen- und Stahlindustrie in Ashorn-Hill usw.

Die Lehrgangsteilnehmer waren sämtlich bei englischen Familien untergebracht, um aus erster Hand „the English way of life" — die englische Art und Weise zu leben — kennenzulernen. Besonders diese Möglichkeit der dauernden und unmittelbaren Teilnahme an den Lebensgewohnheiten des uns verwandten englischen Volkes wurde als glücklich empfunden trotz der Schwierigkeiten, die bei manchem durch die ungewohnte, vielgelästerte englische Küche entstanden. Diese für empfindliche Mägen nicht zu umgehende Umstellungsschwierigkeit wurde aber mehr als aufgewogen durch das beglükkende Gefühl, über die Beherrschung der fremden Sprache sich auch dem Ausländer gegenüber verständlich machen zu können. Viele bis in die Nacht führende Gespräche brachten die immer wieder überraschende Feststellung, daß die Vorstellung über Gesellschaft und Familie, über Krieg und Frieden bei Gastgebern und Gästen viele Parallelen aufweisen. Insofern diente auch dieser Kursus dem Gedanken der Verständigung der Völker untereinander, denn nichts trennt bekanntlich die Nationen mehr, als die dauernde Isolierung ihrer Bewohner voneinander. Über die Grenzen hinweg wurde manch neuer, dauernder Kontakt angeknüpft.

Im Auftrage und als Vertreter der Wirtschaftsvereinigung reiste Arbeitsdirektor Strohmenger nach England. Er stattete allen mit der Durchführung des Seminars befaßten Stellen den Dank der Wirtschaftsvereinigung ab und schuf Voraussetzungen für die Fortführung des Seminars in den folgenden Jahren. So konnte Direktor Strohmenger dem Leiter des College, der British Iron- and Steel-Federation, dem Foreign Office und der deutschen Botschaft für die sehr weit reichende Organisation und für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltungen danken.

Krönender Abschluß des umfangreichen Programms waren die Tage in London, die verbunden waren mit einer Stadtrundfahrt, Besichtigung der Börse und einer der führenden Londoner Tageszeitungen, Teilnahme an einer Unterhaussitzung sowie Empfänge durch die Iron- and Steel-Federation und durch die Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft. Insgesamt gesehen war das 3. Englandseminar allen Teilnehmern ein bleibendes Erlebnis und von großem beruflichem Nutzen.

He.



Vor dem Gebäude des City of Birmingham College of Commerce ließ sich die Gruppe der 28 Teilnehmer des England-Seminars fotografieren. Arbeitsdirektor Strohmenger (auf der Treppe zweiter von rechts) unterhält sich mit Dozenten des College's. Josef Glasik aus der Abteilung Verkauf hält sich ein wenig im Hintergrund auf. Nur noch sein Gesicht ist links hinten zu erkennen.



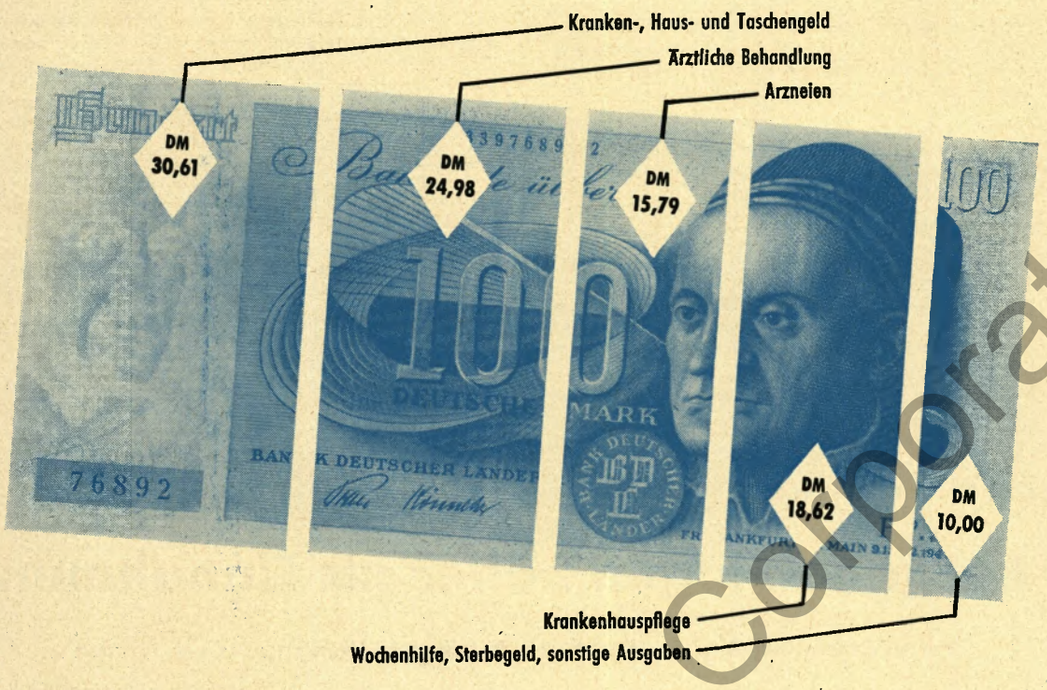
Zum Abschluß ihres Englandaufenthalts besuchten die jungen Deutschen die britische Hauptstadt. Bei einem Bummel entlang der Themse kamen sie auch an der berühmten Tower-Brücke vorbei, die unser Bild zeigt.

ThyssenKrupp Corporate Archives

Unsere Betriebskrankenkassen berichten

Woher nimmt die Krankenkasse das viele Geld, das sie für ihre Mitglieder an den Arzt, an das Krankenhaus, an die Apotheke oder auch an die Hebamme zu zahlen hat? Aus welchen Mitteln bestreitet die Kasse das Krankengeld, Wochengeld oder Hausgeld für ihre Mitglieder? Nun, die Geschäftsberichte unserer Betriebskrankenkassen Oberhausen und Gelsenkirchen für 1958, die in diesen Wochen veröffentlicht wurden, geben eine genaue Auskunft hierüber. Unsere Leser werden sehr viele Zahlen darin finden, wie sie immer in solcherart Berichten vorkommen. Aber alle diese Zahlen haben etwas Wichtiges auszusagen; in ihnen spiegelt sich letzten Endes — wenn auch für den einzelnen auf den ersten Blick nicht erkennbar — unser Verhalten gegenüber der Kasse wider. Wie die Beitragsgestaltung von der finanziellen Lage der Kasse bestimmt wird, das zeigt deutlich der Unterschied in den Geschäftsberichten unserer Betriebskrankenkassen. Während in Oberhausen die Beiträge gesenkt und die Leistungen verbessert wurden, konnte man demgegenüber in Gelsenkirchen einer Beitragserhöhung nicht aus dem Wege gehen. Jedenfalls sollte es für jeden von uns interessant sein, sich in die folgenden Zahlen einmal zu vertiefen, denn schließlich geben sie Rechenschaft über Beträge, die von der Belegschaft aufgebracht wurden, über Gelder, die — streng genommen — der Belegschaft gehören.

Prozentuale Aufteilung der Ausgaben der BKK Oberhausen im Jahre 1958



OBERHAUSEN:

1958 das beste Geschäftsjahr der BKK

Der günstige Krankenstand ermöglichte Beitragssenkung und Leistungserhöhung

Am 26. 3. 59 nahm die Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1958 ab und erteilte dem Krankenkassenvorstand sowie der Geschäftsführung Entlastung.

Das Geschäftsjahr kann als das günstigste seit Bestehen der Kasse bezeichnet werden.

Der Krankenstand betrug im Jahresdurchschnitt 4,20% gegenüber 4,51% im Vorjahr.

Er lag um 0,93% unter dem mit 5,13% ausgewiesenen Durchschnittskrankenstand der Betriebskrankenkassen im Hüttenwesen.

Bei den Bestrebungen zur Erreichung eines echten Krankenstandes wurde die Kassenverwaltung durch das disziplinierte Verhalten ihrer Kassenmitglieder unterstützt. Hierbei hat die Arbeiterschaft der HOAG den Beweis angetreten, daß das Lohnfortzahlungsgesetz nicht die Ursache für einen überhöhten Krankenstand sein muß.

Der niedrige Krankenstand ermöglichte es, die Beiträge, die noch am Jahresanfang 7,8% betrugen, ab 1. Mai auf 7,2% und ab 1. Oktober auf 6,8% zu senken.

Somit haben wir nunmehr im Hüttenwesen auch den niedrigsten allgemeinen Beitragssatz erreicht.

Im Oktober konnten außerdem noch Leistungsverbesserungen eingeführt werden. So wurde der Höchstzuschuß zum Zahnersatz bei einer Übernahme von 75% der Kosten sowohl für Mitglieder als auch für Angehörige von 150,— DM auf 200,— DM erhöht.

Die Krankengeldzuschläge wurden verdoppelt. Sie betragen nunmehr 10% des Grundlohnes für den Ehegatten und 5% für Kinder und sonstige Angehörige, die von dem Versicherten ganz oder überwiegend unterhalten werden und mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben.

Trotz des günstigen Beitragssatzes und der Mehrleistungen ist noch eine Mehreinnahme von über einer halben Million DM erreicht worden.

Leider haben die Ausgaben der Rentner jedoch die Einnahmen für diesen Personenkreis bei weitem überschritten. Die Mehrausgaben für Rentner haben die Grenze von einer Viertelmillion DM überstiegen — ein Beweis, daß mit der derzeitigen Beitragsregelung für die Rentner die Kassen keinen ausreichenden Ersatz erhalten.

● Organe

Die Tätigkeit der Organe war im Berichtsjahr sehr rege. Neben 4 Sitzungen der Vertreterversammlung fanden 4 Vorstandssitzungen und 19 Sitzungen der Arbeitsausschüsse statt. Der Arbeitsausschuß III behandelte 245 Fälle, ohne daß gegen eine dieser Entscheidungen Widerspruch erhoben wurde.

● Mitgliederbewegung

Die Mitgliederzahl ist von 14748 am 1. 1. 58 auf 14597 am Ende des Jahres zurückgegangen.

Der Jahresdurchschnitt belief sich auf 14715 gegenüber 14398 im Vorjahr.

● Einnahmen der Kasse

Neben den Kapitalerträgen in Höhe von	63381,04 DM
entfielen auf: sonstige Einnahmen	72117,19 DM
Beiträge	6256998,04 DM
Die Gesamteinnahmen der Kasse beliefen sich auf	6392496,27 DM
Gegenüber Rechnungsjahr 1957	4965987,50 DM
Die Beitragseinnahme stieg hierbei von	4817356,— DM
im Vorjahr auf	6256998,04 DM

● Ausgaben der Kasse

Die Gesamtausgaben der Kasse stiegen von	5160801,70 DM
im Vorjahr auf	5846319,27 DM

Von diesen Ausgaben entfielen auf:

1. Ärztliche Behandlung und Zahnbehandlung in 40100 Fällen für Mitglieder, in 53400 Fällen für Familienangehörige, in 10900 Fällen für Rentner oder je Fall 13,99 DM gegenüber 11,13 DM im Vorjahr	1460601,42 DM
2. Arzneien und Heilmittel aus Apotheken sowie sonstige Heilmittel, Bäder, Brillen, Bruchbänder, Leibbinden usw.	923049,06 DM
3. Zahnersatz	151970,40 DM
4. Krankenhauspflegekosten in 1669 Fällen für Mitglieder, in 1223 Fällen für Familienangehörige, in 495 Fällen für Rentner oder je Fall 321,45 DM gegenüber 290,57 DM im Vorjahr	1088765,45 DM
5. Kranken- und Hausgeld für 6767 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle oder, je Fall 264,41 DM gegenüber 209,48 DM im Vorjahr	1789287,90 DM
6. Fahrtkosten und sonstige Aufwendungen	18719,33 DM
7. Vertrauensärztlicher Dienst	33809,28 DM
8. Kosten der Erholungsverschickung	32768,88 DM
9. Ausgaben für Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge (davon Kosten der Kinderkuren 29663,80 DM)	62506,74 DM
10. Mitglieder- und Familienwochenhilfe für 12 Mitglieder, für 433 Familienangehörige, für 4 Rentner oder je Fall 265,20 DM gegenüber 259,63 DM im Vorjahr	119076,09 DM
11. Sterbegeld für 70 Mitglieder, für 55 Familienangehörige, für 129 Rentner oder je Fall 522,22 DM gegenüber 526,26 DM im Vorjahr	132643,75 DM
12. Verwaltungskosten Die Verwaltungskosten betrugen 0,15% der Ausgabe	9011,99 DM
13. Vermögensaufwendungen (Zinsen und Verluste)	24108,98 DM
In den vorgenannten Beträgen sind enthalten die Ausgaben für Rentner in Höhe von	745668,76 DM
Denen gegenüber stehen nur Einnahmen in Höhe von	471016,54 DM

Thyssenkrupp Corporate Archives

Die BKK in der Presse

„Tagesanzeiger" Regensburg

Die Arbeiterschaft des Hüttenwerkes Oberhausen dürfte menschlich gesehen keine Auslese sein, die sich über andere Betriebe hinaushebt. Der Erfolg der Kampagne „Maßhalten im Krankfeiern" ist das Ergebnis einer klugen, sachlichen und überzeugenden Aufklärung, Diskussion und vor allem des Appells an das Ehrgefühl. Diese Appelle sind durch die deutsche Katastrophe und den Mißbrauch, den man mit solchen Appellen im Dritten Reich getrieben hat, selten geworden. In Oberhausen zeigt sich, daß sie ankommen, wenn sie auf der richtigen Länge gesendet werden. Das ist eine erfreuliche Erfahrung.

„Wiesbadener Kurier"

Betriebsselbstkontrolle steigert Krankenkassenleistung. Als einzige Kasse der Bundesrepublik wird die Betriebskrankenkasse eines Hüttenwerkes im Ruhrgebiet die Krankenkassenbeiträge senken, und zwar zu einem erheblichen Prozentsatz. Sie wird damit — trotz uneingeschränkter Sozialleistungen — die billigste Kasse dieser Art sein, weil Werksleitung und Arbeitnehmer durch Selbsthilfe die teuerste Krankheit kuriert haben: „das Überhandnehmen des Krankfeierns".

„Handelsblatt"

Ein Mißbrauch der Leistungen der sozialen Krankenkasse, wie er mit schwerwiegenden Folgen von einer kleinen Minderheit betrieben wird, läßt sich durch geeignete Kontrolle weitgehend verhindern, wie das Beispiel der Betriebskrankenkasse in Oberhausen zeigt.

„Ruhrnachrichten" Dortmund

Der eindeutige Erfolg der Krankenkasse liegt in der Tatsache, daß der höchste Durchschnittskrankenstand in den Grippemonaten des Jahres 1957 nur wenig über 6% lag, während er bei den meisten Kassen auf über 10% — teils sogar bis 15% — anstieg.

Alle einsichtigen Kassenmitglieder dürften mit Maßnahmen, die gegen die Vergeudung von Kassenmitteln gerichtet sind, einverstanden sein.

„Das Grüne Blatt" Dortmund

Die Disziplin der Betriebsmitglieder, an die von gewerkschaftlicher Seite immer wieder appelliert wurde, ist wesentlich besser als anderswo, und das zahlt sich halt aus. Was weniger in die Betriebskrankenkasse gezahlt wird, findet sich in der Lohntüte wieder.

● Vermögen

Im Berichtsjahr stand einer Ausgabe von	5846319,27 DM
eine Einnahme gegenüber von	6392496,27 DM
Mithin Vermögenszunahme von	546177,— DM
Somit betrug das Vermögen am 31. 12. 58	1184968,25 DM
gegenüber einem Sollvermögen von	1196954,— DM
Das Vermögen pro Kopf betrug am 31. 12. 58	81,18 DM
gegenüber einem Soll von	82,— DM
Vermögen pro Kopf am 31. 12. 57	44,37 DM

● Krankenstand

Der jährliche Durchschnittskrankenstand betrug 4,20% gegenüber 4,51% im Vorjahr.

In allen Monaten lag er, wie folgende Aufstellung beweist, wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt Hüttenwesen.

Monat	Bundesdurchschnitt (Hüttenwesen)	BKK HOAG
	1958	1958
Januar	6,17%	4,98%
Februar	6,95%	5,24%
März	6,00%	5,07%
April	5,14%	4,69%
Mai	4,55%	3,92%
Juni	4,41%	3,79%
Juli	4,61%	3,87%
August	4,64%	3,88%
September	4,83%	4,05%
Oktober	4,87%	4,28%
November	4,78%	3,95%
Dezember	4,57%	3,56%

Berücksichtigt man noch, daß sich im Durchschnitt rd. 1% der Mitglieder oder fast 25% der Kranken im Heilverfahren befanden, so ist dieser Krankenstand so günstig, daß sich wohl mit Recht die Presse mit ihm beschäftigt hat. (Siehe nebenstehenden Kasten!)

Unser Dank gilt auch an dieser Stelle all den pflichtbewußten Kassenmitgliedern, die durch ihr diszipliniertes Verhalten mit dazu beigetragen haben, diesen günstigen Krankenstand zu erreichen.

● Heilverfahren

Die Zahl der Heilverfahrensfälle ist im Geschäftsjahr 1958 sehr gestiegen.

1045 Personen wurde ein Heilverfahren gewährt gegenüber 184 im Jahre 1954. Die Zahl der Heilverfahrensfälle ist demnach seit Bestehen der Kasse um das Sechsfache gestiegen.

In den einzelnen Jahren werden folgende Zahlen ausgewiesen:

1954 = 184 Heilverfahrensfälle
1955 = 351 Heilverfahrensfälle
1956 = 490 Heilverfahrensfälle
1957 = 686 Heilverfahrensfälle
1958 = 1045 Heilverfahrensfälle.

● Erholungskuren

303 Personen wurden in Landkrankenhäusern und Erholungsheimen bzw. Kinderheimen untergebracht gegenüber 653 im Vorjahr. Dem Rückgang in der Verschickung steht die Vermehrung der Heilverfahrensfälle gegenüber. Die Verschickung erfolgte in das Sauerland, Westerwald, Taunus und an die Nordsee.

27 Kranken wurde ein Landaufenthalt unter Fortzahlung des Krankengeldes bewilligt.

● Kassenprüfung

Neben der laufenden Prüfung durch die Abteilung „Innenrevision" fanden folgende Prüfungen statt:

19. März: Prüfung durch den Krankenkassenvorstand,
26. März Rechnungsprüfungsausschuß des Vorstandes,
26. März bis 16. April Prüfung durch die LVA Rheinprovinz — Abteilung Krankenversicherung —,
12. Mai Prüfung durch den Krankenkassenvorstand,
21. Juli Prüfung durch den Krankenkassenvorstand,
5. September Prüfung durch den Krankenkassenvorstand,
2. Dezember Prüfung durch das Versicherungsamt der Stadt Oberhausen,
15. Dezember Prüfung durch den Krankenkassenvorstand.

Irgendwelche Beanstandungen bei den Prüfungen wurden nicht erhoben. Der 59seitige Prüfbericht der Abteilung ‚K' der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz spricht sich sehr lobend über die Kassenverwaltung aus.

Wir möchten die Betrachtung nicht schließen, ohne unseren Kassenmitgliedern zuzurufen: „Weiter so", denn nur Maßhalten im Krankfeiern führt zum Erfolg!

Auch in der Folgezeit wird uns ein günstiger Krankenstand in die Lage versetzen, unsere Behauptung, daß das Lohnfortzahlungsgesetz nicht die Ursache für einen überhöhten Krankenstand sein muß, zu bekräftigen.

Vowinkel

GELSENKIRCHEN

Ausgaben lagen höher als Einnahmen

Vermögensminderung konnte durch Beitragserhöhung reduziert werden

Das Geschäftsjahr 1958 der Betriebskrankenkasse unseres Werkes Gelsenkirchen verlief nicht so günstig wie in Oberhausen. In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres trat eine Vermögensverminderung von 22 322,85 DM ein, die auf den niedrigen Beitragssatz von 6,8% bis zum 31. Mai 1958 zurückzuführen war. Durch die am 1. Juni 1958 vorgenommene Beitragserhöhung auf 7,4% konnte der Vermögensverlust bis zum Ende des Geschäftsjahres auf 3870,31 DM reduziert werden.

Diese Mehrausgabe ist auf die Betreuung der Rentner zurückzuführen, für die allein 10 152,28 DM mehr aufgewandt wurden, als an Beiträgen eingegangen sind. Ohne diese Belastung hätte die Kasse nicht nur ohne Verlust abgeschlossen, sondern noch eine geringe Mehreinnahme zu verzeichnen gehabt.

Der Krankenstand betrug im Jahresdurchschnitt 4,53% gegenüber 5,10% im Vorjahr.

Die Mitglieder feierten in 1446 Arbeitunfähigkeitsfällen mit 29 275 Tagen krank. Darunter waren 167 Krankenhausfälle mit 2321 Krankenhaustagen. Es entfielen auf einen Arbeitsunfähigkeitsfall:

1956 = 26,6 Krankfeiertage
1957 = 22,5 Krankfeiertage
1958 = 20,2 Krankfeiertage

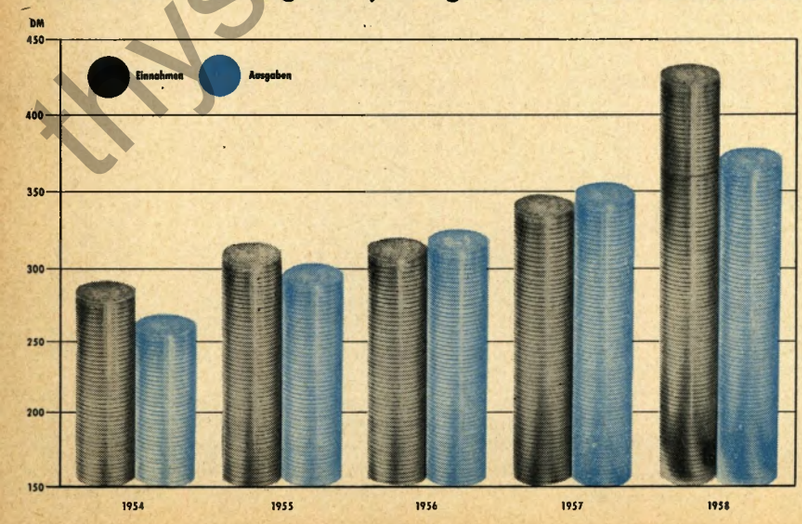
Die Krankenhausverweildauer betrug im Durchschnitt je Fall:

1956 = 29,9 Tage
1957 = 32,5 Tage
1958 = 13,9 Tage

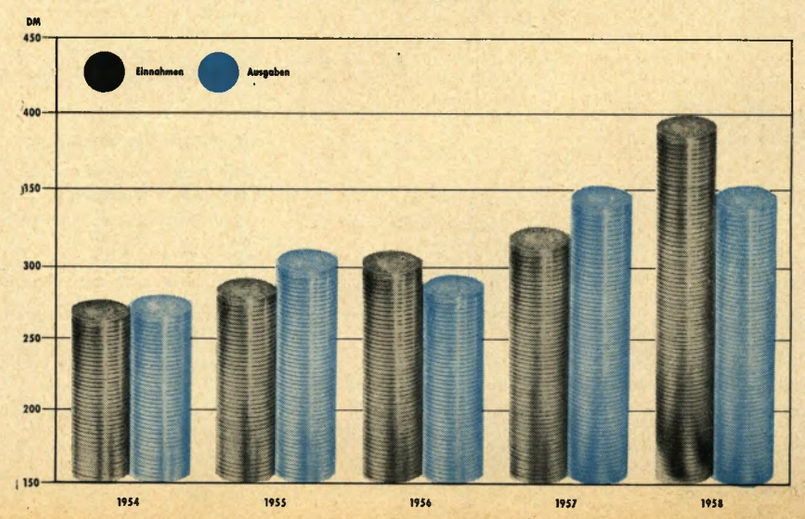
● Organe

Im Berichtsjahr fanden 4 Sitzungen der Vertreterversammlung und 5 Vorstandssitzungen statt.

Einnahmen und Ausgaben je Mitglied der BKK Oberhausen



Einnahmen und Ausgaben je Mitglied der BKK Gelsenkirchen



thyssenkrupp Corporate Archives

● **Mitgliederbewegung**

Die Mitgliederzahl ist von 1720 am 1. 1. 1958 auf 1707 am Ende des Jahres zurückgegangen.

Der Jahresdurchschnitt belief sich auf 1708 gegenüber 1711 im Vorjahr.

● **Einnahmen der Kasse**

Neben den Kapitalerträgen in Höhe von	1 504,01 DM
entfielen auf: sonstige Einnahmen . .	12 947,40 DM
Beiträge	667 168,16 DM
Die Gesamteinnahmen der Kasse beliefen sich auf	681 619,57 DM
Gegenüber Rechnungsjahr 1957 . . .	552 868,32 DM
Die Beitragseinnahme stieg hierbei von	537 149,09 DM
im Vorjahr, auf	667 168,16 DM

● **Ausgaben der Kasse**

Die Gesamtausgaben der Kasse stiegen von	605 378,05 DM
im Vorjahr, auf	685 489,88 DM

Von diesen Ausgaben entfielen auf:

1. Ärztliche Behandlung und Zahnbehandlung	147 779,37 DM
in 5811 Fällen für Mitglieder in 5744 Fällen für Familienangehörige in 671 Fällen für Rentner oder je Fall 12,09 DM gegenüber 11,13 DM im Vorjahr	
2. Arzneien und Heilmittel aus Apotheken sowie sonstige Heilmittel, Bäder, Brillen, Bruchbänder, Leibbinden usw. . . .	98 355,90 DM
3. Zahnersatz	21 558,74 DM
4. Krankenhauspflegekosten . . .	83 806,51 DM
in 167 Fällen für Mitglieder in 142 Fällen für Familienangehörige in 16 Fällen für Rentner oder je Fall 257,87 DM gegenüber 234,61 DM im Vorjahr	
5. Kranken- und Hausgeld	291 927,68 DM
für 1446 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle oder je Fall 201,89 DM gegenüber 180,89 DM im Vorjahr	
6. Fahrtkosten und sonstige Aufwendungen	1 695,92 DM
7. Vertrauensärztlicher Dienst . .	4 487,28 DM
8. Ausgaben für Krankheitsverhütung und Gesundheitsfürsorge	4 685,84 DM
9. Mitglieder- und Familienwochenhilfe	17 001,31 DM
für 3 Mitglieder für 66 Familienangehörige oder je Fall 246,40 DM gegenüber 246,— DM im Vorjahr	
10. Sterbegeld	12 427,10 DM
für 9 Mitglieder für 13 Familienangehörige für 6 Rentner oder je Fall 443,83 DM gegenüber 421,65 DM im Vorjahr	
11. Verwaltungskosten	1 764,23 DM
Die Verwaltungskosten betrugen 0,26% der Ausgabe	
In den vorgenannten Beträgen sind enthalten die Ausgaben für Rentner in Höhe von	35 210,76 DM
Denen gegenüber stehen nur Einnahmen in Höhe von	25 058,48 DM

● **Vermögen**

Im Berichtsjahr stand einer Ausgabe von	685 489,88 DM
eine Einnahme gegenüber von	681 619,57 DM
Mithin Vermögensabnahme von . . .	3 870,31 DM
Somit betrug das Vermögen am 31. 12. 1958	99 981,09 DM
Das Vermögen pro Kopf betrug am 31. 12. 1958	58,54 DM
gegenüber einem Soll von	87,26 DM
Vermögen je Kopf am 31. 12. 1957 . .	60,70 DM

● **Krankenstand**

Die Durchschnittskrankenziffer betrug:

Monat	HOAG, Werk Gelsenkirchen	Arbeitsgemeinschaft der BKK Gelsenkirchen und Umgegend (19)
	1958	1958
Januar	4,56%	6,39%
Februar	5,33%	6,90%
März	4,81%	6,35%
April	4,39%	4,93%
Mai	4,66%	4,41%
Juni	5,22%	4,38%
Juli	4,86%	5,05%
August	4,16%	4,61%
September	3,78%	5,34%
Oktober	4,44%	5,40%
November	4,20%	4,97%
Dezember	3,93%	4,65%
Durchschnitt	4,53%	5,28%



„Herr, Doktor, ich hab' Ihnen doch gestern durch das Dienstmädchen einen Schein geschickt. Bitte, jetzt schnell das Rezept für die Sonnenschutzcreme, mein Mann wartet unten im Wagen, wir wollen zum Wintersport nach Garmisch!"

Aus Simplicissimus

● **Heilverfahren**

Die Zahl der Heilverfahrensfälle ist im Geschäftsjahr 1958 gegenüber 1951 um das Vierfache gestiegen.

In den einzelnen Jahren wurden folgende Zahlen ausgewiesen:

1954 = 21 Heilverfahrensfälle
1955 = 46 Heilverfahrensfälle
1956 = 56 Heilverfahrensfälle
1957 = 72 Heilverfahrensfälle
1958 = 73 Heilverfahrensfälle

● **Erholungskuren**

20 Kinder wurden zu einem Erholungsaufenthalt nach Weilmünster entsandt. Außerdem beteiligte sich die Kasse mit Kostenzuschüssen an den Kuren für 3 Frauen und 1 Kind, die von den caritativen Verbänden durchgeführt wurden.

● **Kassenprüfung**

Es fanden folgende Prüfungen statt:

2. Januar	Prüfung durch den Krankenkassenvorstand
7. Januar	Prüfung durch das Versicherungsamt der Stadt Gelsenkirchen
8. Mai	Prüfung durch das Versicherungsamt der Stadt Gelsenkirchen
2. Juni	Prüfung durch den Krankenkassenvorstand
7.–26. August	Prüfung durch die LVA Westfalen – Abteilung Krankenversicherung
1. September	Prüfung durch den Krankenkassenvorstand
3. November	Prüfung durch den Krankenkassenvorstand.

Beanstandungen wurden nicht erhoben. Als Hauptprüfung ist die Prüfung der Landesversicherungsanstalt Westfalen, Abteilung Krankenversicherung, anzusehen.

Aus dem Schlußbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: Die Prüfung der Hauptsachgebiete — Beitrags-, Leistungs- und Ersatzwesen — verlief ohne besondere Feststellungen. Auch bei den übrigen Sachgebieten konnte die Prüfung mit ordnungsmäßigen Ergebnissen abgeschlossen werden.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Kasse in ordnungsmäßiger Weise verwaltet wird.

Das gute Prüfergebnis wurde am Schlusse der Prüfung dem Vorsitzenden des Vorstandes im Beisein des Geschäftsführers kurz vorgetragen und erörtert.

Führer

Müssen jüngere Mitarbeiter öfter krank sein?

Man müßte glauben, daß sich die Krankheitsanfälligkeit vor allem in den älteren Jahrgängen auswirkt, wenn der Mensch von den Jahrzehnten der Berufsarbeit und sonstiger Belastungen ermüdet, Krankheitskeimen nicht mehr dieselbe Widerstandsfähigkeit entgegensetzen kann wie jüngere Leute. Doch die Statistik spricht wieder einmal eine andere Sprache. Es zeigt sich nämlich die weitverbreitete Tatsache, daß die jüngeren Jahrgänge zwischen 18 und 30 Jahren sich anteilmäßig häufiger krank melden als ältere Mitarbeiter.

Auch eine nähere Untersuchung unserer Krankenstände ergab beispielsweise, daß im Jahre 1954 und auch noch 1955 die Spitze der Krankmeldungen bei den 20- bis 30jährigen Versicherten lag. Ihr prozentualer Anteil an den Krankheitsfällen überstieg wesentlich ihren Anteil an der Belegschaft, während die älteren Mitarbeiter zwischen 30 und 50 Jahren vor allem unter dem Durchschnitt der Krankenstände blieben (siehe auch Schaubilder). Hier konnte etwas nicht mit rechten Dingen zugehen. Und tatsächlich erwies es sich, daß die Versicherten der genannten Jahrgänge zwar häufig, dann aber gemessen am sonstigen Durchschnitt verhältnismäßig nur kurze Zeit krank feierten. Das ließ den Schluß zu, daß die älteren Mitarbeiter mit der Inanspruchnahme der Krankenkasse vorsichtiger und gewissenhafter umgingen als ihre jüngeren Kollegen.

Nun hat in der Zwischenzeit so mancher erkannt, daß niedrige Krankenstände auch in seinem eigenen Interesse liegen, da er ja die Leistungen der Krankenkasse indirekt mitbezahlen muß. Die rückläufige Entwicklung der Krankenstände seit Jahren ist ja bekannt. Besonders erfreulich ist es jedoch, daß die überhöhten Krankenstände der jüngeren Mitarbeiter seit 1954 systematisch absanken, 1956 schon fast im Durchschnitt lagen. 1958 demonstrierten unsere jüngeren Belegschaftsmitglieder ihre Gesundheit und körperliche „Fitness" erstmals dadurch, daß sie die Spitze der Krankmeldungen an ältere Jahrgänge abgaben und weniger Ausfälle durch Krankheit zu verzeichnen hatten, als der Durchschnitt aller Versicherten. Leider ist diese Entwicklung nicht allerorten festzustellen. Unsere Ergebnisse beweisen jedoch, daß es auch so geht, nicht zuletzt zum Wohl aller Versicherten und des gesamten Unternehmens.

Bo.

thyssenkrupp Corporate Archive

Neuordnung der Krankenversicherung

Eine weitere Etappe der Sozialreform steht bevor: Die soziale Krankenversicherung soll neu geordnet werden. Rund 85 Prozent der westdeutschen Bevölkerung werden davon betroffen sein. Einschneidende Veränderungen sind geplant. Notwendigen Verbesserungen steht vor allem die in der Öffentlichkeit umstrittene Selbstbeteiligung der Patienten gegenüber. Die sozialdemokratische Opposition und die Gewerkschaften, aber auch Ärzte, haben ihre Bedenken angemeldet. Schon scheinen allerhand Begriffe die Gemüter zu verwirren. Doch nichts ist schädlicher als das. Damit nun jeder in der Lage ist, sich ein Bild zu machen, haben wir versucht, durch Beiträge zweier Experten die Meinung der Regierung der der Opposition gegenüberzustellen. Ministerialdirektor Dr. Kurt Jantz vom Bundesarbeitsministerium, der seinerzeit den Grundplan für die Rentenreform ausarbeitete, erläutert die Vorstellung der Regierung. Professor Dr. Ernst Schellenberg, der bekannte Sozialpolitiker der SPD, bringt demgegenüber die Ansichten der Opposition zum Ausdruck.

Jeder muß selbst Verantwortung tragen

Von Ministerialdirektor Dr. Kurt Jantz

Sozialpolitik bemüht sich um die beste Ordnung der menschlichen Gesellschaft. Sozialreform bedeutet Verwirklichung neuerOrdnungsprinzipien. In einer Epoche der Reformen werden nicht nur einzelne Regelungen auf ihre Änderungsbedürftigkeit geprüft, sondern es wird ein gesamtes System daraufhin untersucht, ob es in den Grundsätzen umgestaltet werden muß.

Solche Umgestaltung bedeutet für das Leben der menschlichen Gesellschaft, daß die Stellung des einzelnen in seinem Verhältnis zu kleineren und größeren Gemeinschaften, innerhalb deren er lebt, einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen wird. So hat die Rentenreform die Lebenssituation des Menschen nach dem endgültigen Abschluß seines Arbeitslebens, in gewissen Fällen auch schon bei vorzeitiger Beeinträchtigung seiner Erwerbsfähigkeit, entscheidend gewandelt. Der Rentner hat eine neue, bessere Stellung innerhalb des sozialen Gefüges in seinem Verhältnis zu den im aktiven Arbeitsprozeß Stehenden empfangen.

Leistung und Gegenleistung

Zugleich ist etwas sehr Wesentliches anderes geschehen. Die Alterssicherung beruht allein auf den Leistungen der Versicherten einschließlich der Beitragsanteile der Arbeitgeber. Das Bewußtsein für die unlösbare Beziehung zwischen der eigenen Leistung des Versicherten in Arbeit und Beitrag und der Gegenleistung durch Rente und sonstige Nebenleistungen ist durch die Rentenreform wesentlich gefördert worden. Damit wird eine Gefahr vermieden, die sehr leicht in einem System sozialer Sicherheit auftritt, daß nämlich dieser Zusammenhang zwischen eigener Leistung und Gegenleistung dem Bewußtsein des Versicherten entrückt wird. Begegnet man dieser Gefahr nicht, rücken Versicherungsbeiträge zusammen mit Steuern in einer für das Empfinden des einzelnen kaum noch zu unterscheidenden Weise zu einem Gesamtbegriff „Abzüge" zusammen. Die Abgabe wandert in einen allgemeinen Topf, und beim Eintritt eines Versicherungsrisikos fehlt eine genügend konkrete Vorstellung über ein sinnvolles Verhältnis in bezug auf die Gegenleistung, die auf Grund der eigenen Leistung erwartet werden kann.

Es bleibt höchstens die allgemeine Vorstellung, daß „es sich auszahlen muß", Beiträge geleistet zu haben. Diese Einstellung aber ist genau das Gegenteil dessen, was von einem verantwortungsbewußten Glied einer Gemeinschaft erwartet werden muß. Denn der Beitrag des einzelnen, um Gemeinschaftshilfe zu ermöglichen, hat seinen Sinn auch dann, wenn es sich für den einzelnen Versicherten „nicht auszahlt", sondern wenn sein Beitrag nur mithilft, dem anderen das zukommen zu lassen, was er bei Eintritt bestimmter Situationen wirtschaftlicher Beeinträchtigung braucht.

Aufgabe einer Reform muß es sein, der gefährlichen Entwicklung, in welcher der einzelne nicht mehr lebendiges Mitglied einer Gemeinschaft, sondern bloßes Objekt ist, entgegenzutreten und Lösungen zuzustreben, die seine verantwortliche Mitwirkung fördern.

Nicht nur Schutz gegen Not

Ferner ist folgendes zu beachten:

Schon in den Rentenreformgesetzen war ein anderes sozialpolitisches Ziel in Erscheinung getreten als bei der Schaffung der Sozialversicherung. Damals war das Hauptmotiv, einen besseren Schutz gegen Not zu gewähren. Jetzt handelte es sich darum, ein neues gesellschaftspolitisches Ordnungsprinzip einzuführen: jedem den ihm zukommenden Platz im Gesellschaftsgefüge zu geben und auf diesen Zweck auch die Leistungen der sozialen Sicherheit auszurichten. Auch bei der sozialen Krankenversicherung handelt es sich nach modernen Auffassungen nicht allein um einen Schutz gegen Not. Vielmehr verbindet sich diese Aufgabe mit anderen Zwecken.

Es zeigt sich nämlich ein grundsätzlicher Wandel in der Verhaltensweise der Bevölkerung. Der Arzt ist nicht bloß Retter in der Not, sondern er dient auch der ständigen Beobachtung und Erhaltung der Gesundheit und des Wohlbefindens. Der Patient erwartet dabei eine Reihe von Leistungen, die durch die Fortschritte der ärztlichen Wissenschaft in diagnostischer und therapeutischer Hinsicht ermöglicht werden. Er legt Wert darauf, sich in einer guten Verfassung zu befinden, und hierbei hilft ihm der Arzt. Ähnlich ist es bei der Inanspruchnahme von Heilmitteln.

Die Änderung der Anschauungen und Gepflogenheiten in bezug auf die Inanspruchnahme des Arztes und des Apothekers kann von der sozialen Krankenversicherung nicht einfach übersehen werden. Es müssen vielmehr Lösungen gesucht werden, die einerseits zwar einen Mißbrauch verhüten, andererseits aber ein berechtigtes Verhalten dieser Art ermöglichen. Zugleich mit steigendem Lebensstandard bekommt der einzelne auch Mittel frei, um selbst für eine bessere Gesundheit zu sorgen.

Diese Änderungen der Verhältnisse, die sich nicht mehr mit zwangsläufigen Notsituationen verbinden, tragen einen stark individuellen Charakter.

Leider läßt sich nicht übersehen, daß das bisherige System unserer Krankenversicherung die geschilderten Gefahren, daß der Sinn für die Entsprechung von Leistung und Gegenleistung beeinträchtigt wird, nicht genügend beseitigen konnte.

Es ist sogar die Frage, ob nicht die ständig erforderliche Erhöhung der Beiträge mit zunehmenden Ansprüchen auf vermehrte Leistungen einhergeht.

Um hier das Verantwortungsgefühl zu wecken, ist eine Reihe von Überlegungen angestellt worden, ob die Leistung des Versicherten aufgeteilt werden soll in eine Beitragsleistung und in eine Leistung anderer Art. Hierfür sind von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht worden, die inzwischen in breiter Öffentlichkeit erörtert worden sind. Die Erörterung hierüber wird auch vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht für abgeschlossen erachtet, ist vielmehr gerade zu diesem Punkt noch offen.

Das Ziel ist, neben die allgemeine Abgabe des Beitrages eine mit der speziellen Leistung im Versicherungsfall verbundene Leistung des Versicherten zu setzen. Diese darf nicht so hoch sein, daß sie den Weg zum Arzt erschwert, sie muß den sozialen Verhältnissen, die nach Einkommen und Familienstand unterschiedlich sind, Rechnung tragen.

In diesem Zusammenhang müssen einige Irrtümer beseitigt werden. Nach dem Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung ist die Selbstbeteiligung nicht vor der ärztlichen Leistung zu entrichten, sondern erst nach Abschluß der Behandlung. Die Behauptung, wer nicht vorher einen bestimmten Geldbetrag auf den Tisch lege, würde nicht behandelt, ist effektvoll, aber völlig falsch.

Drei Gruppen

Auch über die finanzielle Belastung des Versicherten durch die Selbstbeteiligung bestehen falsche Vorstellungen. Der Entwurf sieht für die Selbstbeteiligung an den Kosten der ärztlichen Behandlung drei Gruppen vor:

Die erste Gruppe bilden Versicherte mit einem Arbeitsentgelt, einer Rente oder einem Einkommen von über 660 D-Mark im Monat, ferner Versicherte, deren Bezüge zwischen 400 und 660 DM liegen und denen für nicht mehr als zwei Familienangehörige Steuervergünstigung zusteht.

In die zweite Gruppe, für die die Selbstbeteiligung die Hälfte betragen soll, gehören alle übrigen Versicherten, d. h. alle Versicherten mit einem Einkommen von 400 DM und weniger, ferner diejenigen Versicherten mit Bezügen zwischen 400 und 660 DM, denen für mehr als zwei Familienangehörige Steuervergünstigung zusteht.

Für die dritte Gruppe, zu der die Bezieher von Kleinsteinkommen bis zu 150 DM gehören, kann die Kasse auf Antrag Befreiung von der Selbstbeteiligung gewähren.

Sechs Wochen Selbstbeteiligung

Die Selbstbeteiligung an den Kosten des Arztes ist auf sechs Wochen begrenzt. Ferner sind Zuzahlungen zu den Kosten für Arzneien und für Krankenhausaufenthalt vorgesehen.

Eine Gemeinschaft, in die der einzelne in dieser Weise als verantwortungsbewußtes Mitglied eingeordnet ist, hat andererseits die Verpflichtung, ihm und seinen mitversicherten Familienangehörigen einen zuverlässigen Schutz, insbesondere auch bei langen Krankheiten und im Rahmen des finanziell Möglichen vorbeugende Hilfen, zu gewähren. Deshalb ist es ein Hauptanliegen der Neuregelung, die Leistungen zweckentsprechender und sinnvoller zu gestalten.

Hierzu gehören wesentliche Leistungsverbesserungen und Korrekturen des Lohnfortzahlungsgesetzes. Schwerpunkte der neuen Regelung sind der Ausbau vorbeugender Maßnahmen, die grundsätzliche Beseitigung der Aussteuerung und damit verbunden ein lückenloser Übergang von der Kranken- zur Rentenversicherung und die völlige Gleichstellung der Familienangehörigen mit den Versicherten hinsichtlich aller Sachleistungen.

Mit dem Ausbau vorbeugender Maßnahmen in dem Gesetz wird zugleich eine während der Rentenreformgesetzgebung geäußerte Befürchtung widerlegt, daß etwa die Träger der Krankenversicherung bei der gesundheitlichen Betreuung der versicherten Bevölkerung zurückgedrängt würden durch die Träger der Rentenversicherung. Jedoch muß, um die Finanzlage der Krankenkassen nicht zu überfordern, besonders behutsam vorgegangen werden.

Durch die Beseitigung der Aussteuerung werden viele bisher mit Recht beklagte Härten für die Zukunft beseitigt, und der Versicherte mit seiner Familie, der gerade durch langdauernde Krankheit in eine schwer zu beseitigende katastrophale Lage geriet, wird nunmehr von seiner Versicherung voll geschützt. Diesem Schutz dient auch die Fortzahlung des Krankengeldes über die 6. Woche hinaus in der bis dahin gewährten Höhe. Der Abbruch, der bisher nach der sechsten Woche in der Situation des Versicherten eintrat, wird damit beseitigt. Wenn man sich diesen großzügigen Ausbau der Leistungen betrachtet, dann verliert das Wort von der sozialen Demontage seine sachliche Berechtigung. Vielmehr werden seit Jahrzehnten gehegte Wünsche nunmehr endlich erfüllt. Die deutsche Krankenversicherung hat damit eine Höhe erreicht, die bei sehr vielen Leistungsarten das wohl nicht mehr überschreitbare Optimum darstellt;

Friedrich Ebert Stiftung Archives

auf dem Gebiete der Vorbeugung eröffnet sie in besonnener Weise ein neues wichtiges Arbeitsfeld.

Die Hauptziele der Reform

Das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen zu stärken und ihm und seinen Familienangehörigen einen umfassenden Schutz durch die Versichertengemeinschaft zu gewähren, den Arzt nach Einzelleistungen zu vergüten und damit seine Tätigkeit leistungsrecht zu bewerten, die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern aus der Preisbindung zu lösen und der freien vertraglichen Vereinbarung zu belassen, das Zulassungsrecht wesentlich zu lockern und dadurch sowohl der Entwicklung des ärztlichen Berufsstandes zu dienen als auch die freie Arztwahl durch die Versicherten zu fördern, den Selbstverwaltungsorganen, insbesondere auf dem Gebiete vorbeugender Maßnahmen, ein neues und bedeutungsvolles Betätigungsfeld zu eröffnen, dies sind die Hauptziele der Krankenversicherungsreform, von denen einige sozialpolitisch besonders bedeutungsvolle in diesen Ausführungen kurz erörtert worden sind.

Regierungsentwurf:	Oppositionsentwurf:
• Vorsorgeuntersuchungen auf Herz- und Kreislaufkrankheiten vom 45. Lebensjahr an alle drei Jahre	• Vorsorgeuntersuchungen jährlich auf Herz-, Kreislauf-, Krebs-, Rheuma- und andere Erkrankungen
• Keine Aussteuerung, jedoch Krankenhauspflege begrenzt auf 78 Wochen in drei Jahren	• Keine Aussteuerung, auch unbegrenzte Krankenhauspflege
• Krankengeld — 60 bis 75 Prozent des letzten Arbeitseinkommens — für ein und dieselbe Krankheit während 78 Wochen in drei Jahren	• Krankengeld für die ganze Dauer der Arbeitsunfähigkeit
• Selbstbeteiligung des Patienten beim Arzt mit 1,50 DM (0,75 DM) je Leistung für sechs Wochen	• Keine Selbstbeteiligung beim Arzt, im Krankenhaus und an der Arznei, jedoch Ausschluß von reinen Linderungsmitteln von der Erstattung
• Selbstbeteiligung bei der Arznei mit 1,— DM bis zum Rezeptwert von 5,— DM; dann anteilig zehn Prozent	• Finanzierung der Mehrleistungen durch Befreiung der Krankenversicherung von allen fremden Lasten (für Unfall, Mutterschaft usw.)
• Selbstbeteiligung im Krankenhaus mit 0,5 Prozent des Monatseinkommens je Pflegetag (mind. 1,—DM, max. 3,30 DM je Tag)	• Gleiche Startbedingungen für alle Kassen durch Finanzierung des Krankengeldes für die ersten sechs Wochen durch den Arbeitgeber
• Krankmeldung beim ärztlichen Vertrauensdienst innerhalb von 48 Stunden	• Einschaltung des behandelnden Arztes in den vertrauensärztlichen Dienst. Durchführung ist Sache der Selbstverwaltung

Was unsere Gegenüberstellung anlangt, so ist dies ein Auszug der wichtigsten Punkte aus den auf diesen Seiten veröffentlichten beiden Referaten. Wenn dabei die Vorstellungen der Opposition über den Regierungsentwurf hinausgehen, so erhebt sich gleichzeitig die Frage, woher die Gelder kommen sollen, die die Durchführung eines solchen Planes erfordern würde.

Rechtzeitig vorbeugen, nicht nur heilen

Von Professor Ernst Schellenberg

Seitdem in Deutschland von Sozialreform gesprochen wird, war man sich bei vielfältigen Meinungsverschiedenheiten doch wenigstens darin einig, daß durch die Reform eine wirksamere Leistungsgestaltung, eine Vereinfachung des Sozialrechts und die Beseitigung von unproduktivem Verwaltungsaufwand erreicht werden sollte. Gerade in dieser Hinsicht enttäuscht der vom Bundesministerium für Arbeit vorgelegte Entwurf für ein Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz.

Damit soll nicht bestritten werden, daß dieser Entwurf auch Leistungsverbesserungen enthält. So ist es zu begrüßen, daß darin die Gesundheitsvorsorge angesprochen wird. Jedoch ist es völlig unzureichend, innerhalb von drei Jahren nur einmal die Möglichkeit zu einer Vorsorgeuntersuchung zu geben und sie zudem noch auf die Früherkennung von Herz- und Kreislauferkrankungen der über 45 Jahre alten Versicherten zu beschränken.

Erster Fortschritt

Krankengeld und Krankenhauspflege sollen nach dem Referentenentwurf erforderlichenfalls bis zu 78 Wochen gewährt werden (bisher 26 Wochen). Das ist ein Fortschritt, aber es ist noch keine Beseitigung der Aussteuerung, denn gerade schwerste Erkrankungen, wie etwa die spinale Kinderlähmung, erfordern oft für eine sehr viel längere Zeit Krankenhauspflege.

Die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch über die Pläne des Bundesarbeitsministeriums, eine Selbstbeteiligung des Versicherten einzuführen, und zwar für jede einzelne ärztliche Leistung, gestaffelt nach den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Familienstand. Da die Zahl der ärztlichen Leistungen im allgemeinen von der Art der Krankheit abhängt, wird die Zuzahlung um so höher sein, je schwerer die Krankheit ist, die ambulant behandelt wird. So würde beispielsweise bei einem Krankenbesuch die Zuzahlungsgebühr mehrfach fällig sein, weil 1. für den Weg des Arztes, 2. für die Untersuchung des Kranken und 3. für die Verabfolgung einer Spritze jeweils die Gebühr zu entrichten wäre. Dabei ist es ein schwacher Trost, daß nach Ablauf von sechs Wochen die Zuzahlung entfallen soll, denn gerade bei akuten Erkrankungen sind in den ersten Tagen und Wochen intensive ärztliche Bemühungen erforderlich.

Im übrigen wirken Zuzahlungen der rechtzeitigen Inanspruchnahme des Arztes entgegen und beeinträchtigen damit die vorbeugende Gesundheitspflege.

Es ist auch keineswegs sicher, daß bei einer Verwirklichung der Pläne des Bundesarbeitsministeriums dem Arzt mehr Zeit für wirklich Kranke zur Verfügung stehen würde. So könnten sich beispielsweise die Sprechzimmer mit Patienten füllen, die für sogenannte Dauerleiden nach Ablauf der sechsten Woche Anspruch auf eine zuzahlungsfreie Behandlung haben. Außerdem wird sich die Beanspruchung der Ärzte mit Schreibarbeiten erheblich vermehren. Schließlich sollen die Ärzte die Zuzahlungsbeträge von den Versicherten einziehen, was sie mit einer Inkassotätigkeit von unübersehbarem Ausmaß belasten wird.

Zu den Zuzahlungen für ärztliche Behandlungen soll eine Kostenbeteiligung für Arzneien kommen, und zwar je Rezept mindestens 1 DM und höchstens 3 DM. Es muß, auch auf Grund der Erfahrungen im Ausland, bezweifelt werden, ob hierdurch — abgesehen von einer ersten Schockwirkung — eine Senkung des Aufwandes für Arzneien eintreten wird. Denn da bei einem Rezeptwert bis zu fünf Mark immer die Mindestzuzahlung fällig ist, wird sich die Tendenz ergeben, den Wert je Verordnungsblatt, der bisher durchschnittlich 3 DM betrug, auf 5 DM heraufzuschrauben: Damit „sich die Zuzahlung auch lohnt".

Im übrigen werden die Ausgaben für Arzneien überschätzt. Es entfallen hierauf kaum mehr als 10 Prozent der Gesamtausgaben der Krankenversicherung, so daß selbst, wenn durch Zuzahlung eine Senkung der Arzneiausgaben um 25 Prozent erreicht werden könnte (was nach allen Erfahrungen höchst fraglich ist), sich hierdurch nur eine Einsparung von etwa 2,5 Prozent der Gesamtausgaben ergeben würde.

Bei Krankenhausbehandlung sollen nach dem Referentenentwurf Versicherte, die Lohn, Gehalt oder Rente weiterbeziehen, für sich und ihre Angehörigen Zuzahlungen zwischen 1 DM und 3,30 je Tag leisten, weil „der Versicherte während des Krankenhausaufenthaltes häusliche Einsparungen macht". Dabei wurde nicht bedacht, daß nach der Entlassung aus dem Krankenhaus für Genesende höhere Aufwendungen erforderlich sind, und völlig übersehen wurde, daß bei einem Krankenhausaufenthalt einer Ehefrau und Mutter keine „Einsparungen", sondern zusätzliche finanzielle Belastungen entstehen.

Über die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Selbstbeteiligung sind noch keine genauen Angaben möglich. Das Bundesarbeitsministerium rechnet als Folge der Selbstbeteiligung mit einer zusätzlichen Belastung für die Versicherten von 490 Mill. DM im Jahr. Ich selbst schätze, daß sich die Belastungen auf 700 Mill. DM jährlich stellen werden. Da der Mehraufwand für die beabsichtigten Leistungsverbesserungen höchstens 300 Mill. DM jährlich betragen dürfte, ergibt sich keineswegs nur eine Umschichtung in den Ausgaben, sondern eine erhebliche Beeinträchtigung im Leistungsbereich der Krankenversicherung. Der Bundesarbeitsminister hat davon gesprochen, daß vielleicht der Beitragssatz um ½ Prozent gesenkt werden könnte. Grundsätzlich wäre eine Reduzierung der Beiträge natürlich zu begrüßen. Es gilt sich aber darüber im klaren zu sein, daß sie im vorliegenden Falle zu Lasten der Kranken ginge.

Nicht weniger bedenklich sind die Auswirkungen der Selbstbeteiligung auf die Verwaltungskosten. Die Entwicklung dieser Kosten gibt schon seit Jahren Anlaß zu großen Sorgen. 1949 haben die Verwaltungskosten der sozialen Krankenversicherung 135 Mill. D-Mark betragen; 1958 werden sie etwa 400 Mill. DM ausmachen und sich damit auf das Dreifache erhöht haben. Die Zahl der Versicherten ist demgegenüber nur um etwa ein Drittel gestiegen. Das vorgeschlagene Selbstbeteiligungssystem macht vielfältige Bescheinigungen, Buchungen, Kontrollen und zusätzliche Verwaltungsarbeit erforderlich.

Somit muß sich für die 127 Millionen Behandlungsfälle, mit denen das Bundesarbeitsministerium im Jahr rechnet, der Verwaltungsaufwand weiter erheblich steigern. Die Selbstbeteiligung bringt ferner erhebliche arbeitsmäßige Belastungen für die Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser, Apotheker, Optiker und dergleichen, ja sogar für die Arbeitgeber, die in Zukunft für jeden Erkrankten Bescheinigungen über die Höhe des letzten Einkommens und die Zahl der Angehörigen auszustellen hätten.

Die Verwaltung wird aufgebläht

Damit nicht genug, sieht der Referentenentwurf vor, daß die Kontrolluntersuchungen durch den ärztlichen Beratungsdienst wesentlich verschärft werden sollen. Schätzungsweise wären dem ärztlichen Beratungsdienst im Jahre elf Millionen Fälle von Arbeitsunfähigkeit, 3,5 Millionen Aufnahmen in Krankenhäuser und über drei Millionen Anträge auf Zahnersatz zu melden. Das dürfte nicht nur eine wesentliche Erhöhung der Zahl der Beratungsärzte und Zahnärzte erforderlich machen, es muß zu einer abermaligen Erweiterung des Verwaltungsapparates führen.

Die Krankenversicherung sollte — so hieß es — auch zu dem Zwecke reformiert werden, um das Verantwortungsbewußtsein der Versicherten zu stärken. Niemand bestreitet, daß es — wie überall im Leben — auch in der sozialen Krankenversicherung Leute gibt, die sich auf Kosten ihrer Mitmenschen Vorteile zu verschaffen suchen. Es schießt aber weit über das Ziel hinaus, jede Arbeitsunfähigkeit innerhalb von 48 Stunden, nahezu jede Krankenhausaufnahme, jeden Antrag auf Zahnersatz kontrollärztlich überprüfen zu lassen. Wir alle sollten doch erfahren haben, daß das umfassendste Kontrollsystem keineswegs das effektivste ist.

Unterschiedliche Belastung

Das Bundesarbeitsministerium geht bei seinen Plänen von der Auffassung aus, daß die Finanzlage aller Krankenkassen äußerst schwierig, wenn nicht katastrophal sei und daß die Beiträge die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren erreicht hätten. In Wirklichkeit ist die Lage differenzierter. Das sei an den Rechnungsergebnissen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg und der Barmer Ersatzkasse für 1957 verdeutlicht.

1. Die AOK Hamburg war (wenn von der Forderung auf Abgeltung des Fehlbetrages gegen das Land Hamburg abgesehen wird) mit 4,5 Millionen DM oder 8,60 DM je Mitglied verschuldet, die BEK, die ebenfalls hart von der Grippewelle betroffen wurde, verfügte noch über ein Vermögen von 51,4 Millionen DM oder 30,80 DM je Versicherten.

2. Die Finanzlage der BEK war und ist relativ günstig, obwohl der Beitragssatz

(Fortsetzung Seite 82)

Sozialpolitische Korrespondenz Archiv

Sprachrohr der Belegschaft

„Spätzündung"!

Erwiderung auf die Leserzuschrift in Heft 6, März 1959:

- Die Absicht des Einsenders, zur Verkehrserziehung beizutragen, ist recht löblich. Indessen dürften Form und Inhalt kaum dazu angetan sein, dies zu erreichen. Wenn die Bemühungen ernst gemeint sein sollten, dann darf man zunächst einmal keine psychologischen Fehler machen und Kollektivbeleidigungen aussprechen wie „Spätzündung", „Dösen", „lange Leitung" usw.
- Kein Meister ist vom Himmel gefallen! Über 20000 Kraftfahrzeuge soll es allein in Oberhausen geben, und täglich kommen weitere hinzu. Die Neulinge besitzen meistens nur ihre Kenntnisse, die ihnen als Fahrschüler vermittelt wurden, d. h., sie sind ohne nennenswerte praktische Erfahrungen. Damit stehen sie dem Schilderwald, den nicht einfachen Verkehrsvorschriften und -verhältnissen und dgl. vielfach manchmal nicht gerade vollendet gegenüber; das ist aber wahrscheinlich jedem anderen vorher auch passiert und vor allem kein Grund zu folgenden „Eigenschaften des bundesdeutschen Autofahrers", auf die hiermit hingewiesen sei:
- Schon in der Fahrschule wurde man darüber belehrt, daß man — leider nur bei uns — Gefahr laufe, mit dem Gruß der deutschen Kraftfahrer (an die Stirne tippen!) bedacht zu werden, wenn man dieses unterlasse oder jenes tue. Kommentar überflüssig.
- Der perfekte Autofahrer ist ferner daran zu erkennen, daß er andere mit seiner Hupe zu rügen oder anzutreiben versucht. Wehe, wenn ein Vertreter dieser Kategorie jemanden erwischt, der nach seiner subjektiven Auffassung „über die Kreuzung schleicht". Dieses ungehörige und unzulässige Verhalten kann insbesondere gegenüber einem Neuling „tödlich wirken", um mit den Worten des Einsenders zu reden.
- Die technischen Gegebenheiten an der Werksgasthauskreuzung als eigentliche Ursache für die störenden Faktoren (übrigens in Verbindung mit dem chronischen Zeitmangel vieler Autofahrer) hat die Redaktion bereits gewürdigt.
- Schließlich kann der aufmerksame Beobachter feststellen, daß es vorwiegend Ortsunkundige sind, die Anlaß zu Verzögerungen geben, was sich nicht immer vermeiden lassen wird.
- Abschließend: Der Verkehr muß zügig und flüssig gestaltet und gehalten werden, das ist klar. Es gelten aber gleichermaßen die bekannten Lehren, wie „Nimm Dir Zeit und nicht das Leben", „Höre auf Deine Frau und fahre vorsichtig" oder „Komm gut heim", das Motto des diesjährigen Verkehrssicherheitstages am 9. Mai. Dieser Leitsatz wurde gewählt, weil der Weg zur und von der Arbeitsstelle die gefährlichste Stunde ist, in der Tag für Tag etwa 1000 Menschen verunglücken. Die Zahl der Wegeunfälle in den letzten 10 Jahren betrug rd. 20000 Todesopfer.

H. P., Hauptverwaltung

Anm. d. Red.: Die Punkte, die unser Leser anführt, werden gewiß allen einleuchten. Nicht jeder Autofahrer ist zugleich ein Hans Stuck, zu dessen Stärken es gehörte, zügig anzufahren. In jedem Falle ist es natürlich besser: lieber langsam zum Ziel als schnell ins Krankenhaus. Leider stimmt auch dieses: Jeder Autofahrer, der bei uns in Deutschland ein Jahr den Führerschein besitzt, spielt sich zum „Fahrlehrer" mit meist herausfordernden Manieren auf, Disziplin auf der Straße üben nur wenige.

Unterhaltung und Rätsel

Gewiß war das Echo, das die Rundfrage über unser „echo der arbeit" ausgelöst hat, sehr aufschlußreich. Auch ich hatte vor einiger Zeit bereits viele Kollegen nach ihrer Meinung über die Werkzeitung gefragt. Das Ergebnis war bedeutend schlechter. Vielleicht war man dem Interviewer gegenüber etwas zurückhaltender. Im Grunde war es so: die meisten wünschten neben dem üblichen Teil auch etwas Unterhaltung (Witzseite, Rätsel, Kurzgeschichten), damit den oft schweren Inhalt etwas aufzulockern.

Die Nachfrage nach Rätseln scheint ziemlich groß zu sein; auch wunderte ich mich, daß bei Ihrer Rundfrage ein paar Kollegen Schachaufgaben wünschten, sogar Arbeitskameraden, die nicht einmal einem Schachverein angehören! Es gibt also doch noch viel mehr Interessenten dafür, als man schlechthin glaubt.

G. L., Neu-Oberhausen

Anm. d. Red.: Wir brauchen wohl auf die Argumente unseres Lesers nicht weiter einzugehen, sondern können auf den Artikel „Ist die Werkzeitung ein harmloses Unterhaltungsblatt?" in der vergangenen Ausgabe verweisen.

Die Freizeit trägt nicht die Schuld

Big Mama: ... Es gibt Männer, die zu trinken aufhören, wenn sie heiraten, und andere, die damit anfangen!

Aus „Die Katze auf dem heißen Blechdach" (1. Akt) von Tennesse Williams.

Sehr geehrte Frau G. A.!

Ihrer ebenfalls leidgeprüften Vorschreiberin aus „echo der arbeit" Nr. 5 kann ich leider nicht antworten, es sei denn, ich würde sie mit Frau Niemand anreden — und das geht doch wohl nicht. Sie hatten wenigstens den Mut, die Anfangsbuchstaben Ihres Namens zu nennen. Indes, wer zu solchen Themen wie Arbeitszeitverkürzung und Freizeit Stellung nimmt, sollte auch mit vollem Namen dafür einstehen.

Sie sind zu bedauern. Offenbar weiß Ihr Mann mit der vermehrten Freizeit nichts anzufangen außer Wirtshausgehen. Und offenbar wissen Sie mit Ihrem Mann nichts anzufangen außer ihn zu bekritteln.

Probleme solcher Art sind nicht eben neu. Sie bestanden auch schon vor der Arbeitszeitverkürzung. Streit ums Biergeld hat mit dem Sinn der Freizeit gar nichts zu tun. Vielleicht ist Ihr Mann ein notorischer Säufer. Dann ist ihm ohnehin nicht zu helfen, allenfalls durch eine Entziehungskur (Während der Zeit ist aber auch Ihr Taschengeld knapp bemessen, und das wollen Sie doch nicht — oder?).

Ihre trostlose Lage ist keineswegs zu verallgemeinern. Unter den rund 14000 Belegschaftsangehörigen werden sich höchstens ein Bruchteil vom Tausend ums Biergeld streiten.

Soll die vermehrte Freizeit nur Ihretwegen und vielleicht noch einiger anderer Frauen wieder abgeschafft werden? Das können Sie im Ernst nicht wollen. Indem Sie sich brieflich an die Allgemeinheit wenden, erwarten Sie Verständnis (und womöglich auch Trost) in Ihrer Situation. Die Mehrheit jedoch — und der Beweis ist leicht zu erbringen — wird nicht von Ihren Nöten geplagt. Sie müßten sich etwas einfallen lassen, Ihren Mann mehr ans Haus und mithin an Sie zu fesseln — das kann mit List geschehen und wäre nicht mal unweiblich.

Sie erwecken Anteilnahme, wenn Sie Ihre Lage schildern. Unsachlich wird Ihr Brief, wenn Sie — zweimal — von den Männern ganz allgemein schreiben. Es ist einfach nicht wahr, daß die Männer mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen; die es nicht wissen, sind Ausnahmen, wie Ihr Mann.

Streit ums Biergeld vor dem Wirtshausgehen ist schon schlimm genug; Streit hinterher noch schlimmer. Haben Sie sich schon gefragt, ob Sie an Ihrem Dilemma gänzlich unschuldig sind? Big Mamas Worte (siehe oben) hören sich zwar einfach an, enthalten aber viel Weisheit...

Mit dem Ausdruck des Bedauerns

Willi Schleip, W.O. Grobblech

Frau G. A. scheint mir eine Frau zu sein, die weder mit ihrem eigenen Mann noch mit Geld umzugehen versteht. Frau G. A. und ihre Kolleginnen sollten am freien Tag ihres Mannes Scheuerlappen und Modenschau beiseite tun. Machen Sie es Ihrem Partner zu Hause gemütlich oder gehen Sie mit Mann und Kindern spazieren. Jeder, der kein ausgesprochener Trinker ist, würde ein Lob für seine Frau finden. Wenn einer dem Trunk verfallen ist, der geht auch bei 80 Stunden Arbeitszeit in der Woche noch in die Kneipe. Mir erscheint es falsch, wenn ich die Fehler woanders zuerst suche. Am besten bleibt doch immer, wenn man zuerst einmal bei sich nachschaut, was man falsch macht.

Heinz Schulze,
Hochöfen

Es ist bedauerlich, daß die Werkzeitung „echo der arbeit", die nach der Meinung der Kollegen im Betrieb bisher noch ein gutes Niveau hatte, durch Veröffentlichung der obigen Artikel zur Klatschzeitung „Tante Klara" herabsinkt.

Die Artikelschreiberinnen sollten doch, ehe sie sich ein Urteil über die Arbeitszeitverkürzung erlauben, einmal das Gewerkschaftsprogramm durchlesen und überlegen, daß die Gewerkschaften schon über 100 Jahre gegen schwerste Widerstände für eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur für die Männer, sondern auch für die Frauen eintreten.

Millionen organisierter Kolleginnen und Kollegen freuen sich über die bereits erreichte Arbeitszeitverkürzung und wissen mit ihrer Freizeit etwas anzufangen.

Wer trägt nun die Schuld an den von den Einsenderinnen geschilderten Verhältnissen? Ich glaube, nur sie selbst. Wenn sich die Ehefrauen dieser beiden Kollegen einmal einer Werksbesichtigung anschließen würden, wo ihnen zu Bewußtsein gebracht würde, unter welch schweren Bedingungen unsere Kollegen im Betrieb arbeiten müssen, dann würden sie die Forderung der Gewerkschaften nach der 40-Stunden-Woche besser verstehen. Und dann wird eine einsichtige und verständnisvolle Ehefrau ihrem schwerarbeitenden Mann die ihm verbleibende Freizeit so angenehm wie möglich machen.

Ich kann nicht einsehen, warum durch eine verlängerte Freizeit „Krach im Bau" sein soll. Wahrscheinlich liegt es nur an den Artikelschreiberinnen selbst. Halten sie etwa ausgerechnet immer großen Hausputz, wenn ihr Mann zu Hause ist? Dann brauche ich mich nicht zu wundern, wenn er das „gemütliche Heim" fluchtartig verläßt. Warum gehen sie nicht an den arbeitsfreien Tagen ihres Mannes mit ihm und den Kindern spazieren? Warum besuchen sie nicht mit ihm gemeinsam sportliche oder kulturelle Veranstaltungen? Gelegenheiten gibt es doch wahrlich genug.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß ich es unverantwortlich finde, ausgerechnet in einer Werkzeitung Kritik an der Arbeitszeitverkürzung von Frauen üben zu lassen, die wahrscheinlich nicht in der Lage sind, ihren schwer arbeitenden Männern die so dringend nötige Freizeit schön und angenehm zu gestalten, so daß sie für sie zu einer wirklichen Erholung wird.

Franz Alme, Betriebsrat

Mir ist nicht ganz klar, was diese Leserbriefe bezwecken sollen. Viele meiner Kollegen in den Betrieben sind mit mir der Ansicht, daß derartige Leserbriefe nicht in eine Werkzeitung hineingehören, weil dadurch eine Entstellung hervorgerufen wird.

Die Werkzeitung wird nicht nur von der Belegschaft, sondern auch von vielen anderen betriebsfremden Menschen gelesen. Es entsteht der Eindruck, daß der Arbeiter der mühevoll erkämpften Freizeit nicht würdig ist, weil er sonst nichts damit anzufangen weiß, als sich Gedanken um sein Biergeld zu machen und die Familie zu schikanieren.

Ich möchte sagen, daß nicht die Freizeit, sondern die Familien die Schuld tragen, denn wahrscheinlich hat es auch ohne Freizeit Schwierigkeiten in den betreffenden Familien gegeben, die dann sicherlich — und das muß zugegeben werden — durch mehr Freiheit nicht kleiner geworden sind.

Meine Familie ist sehr froh, wenn Vater Freizeit hat und 99 Prozent aller Familien meiner Kollegen wohl auch. Wenn hier und dort in einer Familie Schwierigkeiten auftreten, sollte man sie kritisch betrachten. Man sollte sich aber vor Verallgemeinerungen hüten oder sie etwa zum Maßstab machen zu wollen. Das geschieht aber leider, ob bewußt oder unbewußt, in den beiden Leserbriefen. Es ist verständlich, wenn sich die Belegschaft dagegen wehrt.

Die freie Zeit — d. h. die „verfügbare" Zeit — ist mit den wunderbaren Lebensmöglichkeiten, die sie uns bietet, eines der kostbarsten Geschenke. Auch sie muß gemeistert werden, aber eine gute Sache wird nun einmal nicht schlecht, wenn sie auch von einer Minderheit mißbraucht werden kann. „Menschliches Dasein braucht die Zeit und vollzieht sich in der Zeit!"

Johannes Terhardt,
Maschinenbetrieb Hochöfen

Fortsetzung: Neuordnung der Krankenversicherung

von 6,3 Prozent des Arbeitsentgelts, den sie für etwa 90 Prozent ihrer Pflichtversicherten erhebt, kaum die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren übersteigen dürfte. Die AOK Hamburg dagegen erhebt für 90 Prozent ihrer Pflichtversicherten einen um 65 Prozent höheren Beitrag, nämlich 10,3 Prozent des Arbeitsentgelts.

3. Bei wesentlich niedrigeren Beitragssätzen war die BEK in der Lage, günstigere Leistungen zu gewähren als die AOK. Für ärztliche Behandlung wandte die BEK über 40 Prozent je Versicherten mehr auf als die AOK, für Leistungen der Krankheitsverhütung sogar etwa das Dreifache.

4. Die günstige Finanzlage der BEK und der hohe Leistungsstand sind keineswegs in niedrigen Verwaltungskosten begründet. Je Versicherten beliefen sich die Verwaltungskosten bei der AOK auf 18 DM, bei der BEK dagegen auf 28,40 DM. Sie waren somit bei der BEK um fast 60 Prozent höher.

Ich führe das hier nicht an als einen Beweis für eine bessere oder schlechtere Verwaltung. Aber das Beispiel ist trefflich geeignet, die Finanzprobleme aufzuzeigen, um die es wirklich geht und die eine richtige Reform lösen sollte.

Die Ursache der aufgezeigten erstaunlichen Unterschiede liegt nämlich darin, daß die AOK Hamburg für 84 Prozent ihrer Pflichtversicherten, die BEK dagegen nur für 3 Prozent bei Arbeitsunfähigkeit sofort Krankengeld zu zahlen hat.

Die Ausgaben für Krankengeld haben bei den Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, bei denen 85 Prozent aller Pflichtversicherten versichert sind, ein derart drückendes Gewicht, daß diese Kassen in der sinnvollen Gestaltung aller anderen Leistungen erheblich eingeengt sind.

Aus dieser Situation müssen bei der Reform der Krankenversicherung die finanzwirtschaftlichen Konsequenzen gezogen werden: es sollte die Finanzierung der Krankengeldleistungen für die ersten sechs Wochen von allen anderen Leistungen getrennt werden. Für das Sonderrisiko „Krankengeld" müßte dann ein gesonderter Beitrag erhoben werden, zweckmäßigerweise allein vom Arbeitgeber, da die Finanzierung von Leistungen, die lohnähnlichen Charakter tragen, nicht durch eigene Beiträge der Arbeitnehmer erfolgen sollte. Durch diese gesonderte Finanzierung des Sonderrisikos der sofortigen Krankengeldzahlung würde endlich für alle Krankenkassen eine gleiche Startbedingung geschaffen und ein echter Wettbewerb erreicht werden.

Vom Bereich des Menschlichen abgesehen, um den es vor allem bei der Gesundheit geht, handelt es sich bei den Aufwendungen, die für eine Reform der Krankenversicherung zur besseren gesundheitlichen Sicherung zu erbringen sind, volkswirtschaftlich gesehen um eine wichtige Investition für das Sozialprodukt von morgen. Deshalb darf in Zukunft nicht weniger, sondern es muß mehr für die Gesundheit unseres Volkes getan werden.

Werkschutz Krupp Stahl Archives

Wer hat diesmal gewonnen?

Es ist üblich, zu bestimmten Zeiten Vergleichsstatistiken anzufertigen, die Auskunft darüber geben sollen, wie sich bestimmte Dinge verändert haben. Wir haben solche Vergleichsstatistiken jeweils zum Quartalsende aufgestellt, um den Unfallverlauf in den verschiedenen Betriebsbereichen gegenüber dem Vorjahr zu ermitteln.

Solche Vergleichsstatistiken zeigen recht anschaulich, ob man mit dem Unfallstand des eigenen Bereiches zufrieden sein kann, oder ob man sich stärker als bisher bemühen muß, bessere Ergebnisse zu erreichen. Aus den nachstehenden Zahlen mag jeder seinen Schluß ziehen:

Unfälle auf 1000 Beschäftigte

Betrieb	1958 Jahresdurchschnitt	1959 Januar	1959 Februar	1959 März	1959 Durchschnitt 1. Quartal	Verbesserung	Verschlechterung
Hochöfen	5,4	8,0	4,0	8,0	6,7		1,3
Stahlwerke	7,4	9,4	5,7	3,9	6,4	1,0	
Block- und Profilwalzwerk	8,9	6,3	11,8	7,1	8,4	0,5	
Blechwalzwerk	5,7	2,9	4,2	1,4	2,8	2,9	
Masch.-Betrieb Hochöfen	3,2	2,4	1,7	2,5	2,2	1,0	
Masch.-Betrieb Stahl- und Walzwerk	4,1	4,3	5,3	6,9	5,5		1,4
Masch.-Betrieb Blechwalzwerk	4,0	3,1	1,6	6,4	3,7	0,3	
Abt. Verkehr	3,6	4,0	4,7	4,8	4,5		0,9
Sonstige	2,1	—	1,9	2,4	1,5	0,6	

Auch für das 1. Quartal 1959 haben wir als Anerkennung für einen guten Unfallstand wieder eine Anzahl von Sicherheitsschuhen verlost. An dieser Verlosung haben die drei Betriebsbereiche mit dem stärksten Unfallrückgang teilgenommen.

1. Blechwalzwerk
2. Stahlwerke
3. Maschinenbetrieb Hochöfen.

Aus diesen Betriebsbereichen wurden wiederum die Meisterbereiche ermittelt, die durch ihre Unfallzahlen nachwiesen, daß sie den größten Anteil an dem guten Unfallstand ihrer Betriebe hatten.

- **Blechwalzwerk**
  Meistergruppe 78 — Happe, Meistergruppe 80 — Gracz, Meistergruppe 81 — Buttenbruch, Meistergruppe 94 — Bergau, Meistergruppe 95 — Überbach, Meistergruppe 93 — Klockenkämper.
- **Stahlwerke**
  Meistergruppe 27 — Heib, Meistergruppe 28 — Kortz, Meistergruppe 35 — Scholl, Meistergruppe 40a — Hoeren.
- **Maschinenbetrieb Hochöfen**
  Meistergruppe 12 — Lobüscher/Bachmann, Meistergruppe 13 — Niebeling/Althaus, Meistergruppe 14 — Faber, Meistergruppe 17a — Pauly, Meistergruppe 18a — Nageldinger, Meistergruppe 20 — Hans.

Unter den Belegschaftsangehörigen dieser Meistergruppen kamen 270 Paar Sicherheitsschuhe zur Verlosung. Jeder, dem Fortuna hold war, erhielt inzwischen einen Entnahmeschein für ein Paar Sicherheitsschuhe nach freier Wahl.

Im Werk Gelsenkirchen kamen in der Belegschaftsversammlung am 17. April wieder zwei Kühlschränke für gute Erfolge in der Unfallsenkung zur Verlosung. Die glücklichen Gewinner, die wir auch auf der Schnappschußseite vorstellen, waren Willi Pruss vom Eisendrahtzug und Karl Schaube aus der Stiftefabrik. Einen besonderen Anteil an der Senkung der Betriebsunfälle haben die drei Meisterbereiche des Walzwerkes. Der Bereich von Meister Unkel konnte die Zahl der Unfälle von 12 im ersten Quartal 1958 auf vier im gleichen Zeitraum dieses Jahres senken. Auch die Erfolge der Meisterbereiche Breuer und Mohnfeld im Eisendrahtzug dürfen nicht übersehen werden. Im Vergleichsquartal konnten sie die Unfälle von sechs auf einen senken. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß im ersten Quartal 1959 die Gesamtunfallquote des Jahres 1956 von 5,6 Unfällen auf 1000 Beschäftigte wieder erreicht werden konnte.

Die Verlosung von 30 Paar Sicherheitsschuhen fand im Werk Gelsenkirchen am 14. April unter den Meistergruppen Koch (mechanische Werkstatt), Czyganowski (Stiftefabrik) und Sander/Unkel (Walzwerk) sowie unter den Mitarbeitern des Werkschutzes statt.

Wir gratulieren den Gewinnern in Oberhausen und Gelsenkirchen. Hoffentlich werden die Sicherheitsschuhe dazu beitragen, die Zahl der Fußverletzungen herabzusetzen.

Ho./Ma.

Ernennungen

Dem Leiter der Maschinenbetriebe, Diplom-Ing. Meier-Ebert, wurden auch die Elektrobetriebe unterstellt.

Die Leitung der Elektrobetriebe wurde Dr.-Ing. Heldt übertragen, er nimmt gleichzeitig die Aufgaben des Leiters der Elektrischen Betriebsabteilung „Neu-Oberhausen" wahr.

Zum Leiter des Elektrobetriebes Hochöfen wurde Dipl.-Ing. Nagel ernannt.

Die Projektierung und Ausführung der Neuanlagen auf elektrischem Gebiet bearbeitet künftig eine besondere Dienststelle, die dem von Dipl.-Ing. Lücke geleiteten Technischen Büro angegliedert ist. Die Leitung dieser „Elektrischen Neubauabteilung" wurde Dipl.-Ing. Voigt übertragen.

*

Innerhalb der Abteilung Arbeitsschutz gab es einen Wechsel zwischen Dipl.-Ing. Heyer und Sicherheitsingenieur Marks. Dipl.-Ing. Heyer, bisher Oberhausen, wurde die Wahrnehmung der Arbeitsschutzaufgaben im Werk Gelsenkirchen übertragen. Sicherheitsingenieur Marks, bisher in Gelsenkirchen tätig, kam dafür nach Oberhausen.

Betriebsratswahl in Gelsenkirchen

Nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl wurde im April der Betriebsrat des Werkes Gelsenkirchen gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug bei den Arbeitern 85,92 und bei den Angestellten 91 Prozent. Zu wählen waren 13 Mitglieder für den Betriebsrat, davon elf Arbeitermitglieder und zwei Angestelltenmitglieder. Von den Bewerbern der Arbeitergruppe wurden gewählt: Alfred Rudolf (433 Stimmen), Anton Lowitz (341), Bernhard Hülsmann (319), Bernhard Lipinski (310), Bernhard Kraska (303), Albert Schreiber (273), Heinz Waschkowitz (273), Wilhelm Voß (257), Albert Schmitz (234), Julius Ruhl (225) und Albinus Magnus (193).

Die beiden Angestelltenvertreter des neuen Betriebsrates sind Josef Jassner (107 Stimmen) und Wilhelm Müchler (80).

In der konstituierenden Sitzung des Betriebsrates am 29. April wurde Alfred Rudolf zum 1. Vorsitzenden und Josef Jassner zum 2. Vorsitzenden gewählt. In das Amt des 1. und 2. Schriftführers kamen Wilhelm Voß und Albert Schreiber.

Die einzelnen Ausschüsse haben folgende Zusammensetzung: Hauptausschuß: Rudolf, Hülsmann, Schmitz, Ruhl, Jassner. — Sozialausschuß: Rudolf, Kraska, Jassner, Schreiber, Magnus. — Wohnungsausschuß: Lowitz, Schreiber, Hülsmann, Müchler, Waschkowitz. — Unfallausschuß: Lowitz, Hülsmann, Schmitz, Kraska, Schreiber, Ruhl, Magnus. — Jugendausschuß: Rudolf, Waschkowitz, Ruhl. — Lohn-Akkord-Ausschuß: Rudolf, Kraska, Lowitz, Lipinski, Waschkowitz. — Redaktionsausschuß: Rudolf, Vertretung Jassner. — Bewertungsausschuß: Lipinski, Waschkowitz, Magnus. — Pensionsausschuß: Rudolf und Jassner.

Unsere Ideenkiste

Verbesserungsvorschläge sind bares Geld. Manch einer hat sich schon durch eine gute Idee ein hübsches Sümmchen verdient, dessen Höhe sich ganz nach der Verwendbarkeit des Vorschlages richtet. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß unsere Mitarbeiter nur für patentreife Erfindungen ihren gerechten Lohn empfangen. Jede Idee, die sich in unseren Betrieben verwirklichen läßt und die eine Verbesserung darstellt, wird auch belohnt. Das Geld liegt also in unseren Betrieben buchstäblich herum, man braucht sich nur — nun, mit dem Bücken allein ist es allerdings nicht getan. Gebratene Tauben fliegen nicht umher. Habe ich aber eine gute Idee, darf ich sie nicht für mich allein behalten! Wenn sie sich lohnen soll, muß ich sie einreichen. Hier ist der Beweis: 1100 DM wurden für prämiierte Verbesserungsvorschläge an folgende Mitarbeiter in Oberhausen und Gelsenkirchen ausgezahlt:

OBERHAUSEN:

Hans Bielfeldt, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Tragbares Magnetprüfgerät;
Hans Bielfeldt, Alfred Lenz und **Kurt Wortmann,** Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung einer Regelvorrichtung;
Rudolf Boers und **Wilhelm Sager,** Walzwerke Zurichterei: Verbesserung an der Rutsche der Bündelanlage;
Theodor Bromkamp, Abteilung Verkehr: Beseitigung einer Unfallgefahr im Bereich der Aufstellgleise 3 bis 5 der Zeche Jacobi;
Aribert Dumasch, Maschinenbetrieb Dampfkraftwerk: Beseitigung einer Unfallgefahr in der Mahlanlage;
Franz-Josef Förster, Maschinenbetrieb Hochöfen Reparaturbetrieb: Verbesserung an den Kupplungen der Staubschnecken in der Luftfilteranlage auf EO I;
Manfred Koren, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung der Haltevorrichtung für Brechtöpfe an den Vertikalgerüsten der Kontistraße;
Heinz Mackels, Block- und Profilwalzwerke: Verbesserung bei der Herstellung von Kantschuhen;
Peter Melchiors, Maschinenbetrieb Hochöfen: Beseitigung einer Unfallgefahr im Bereich der Cowpergruppe 9;
Werner Niermann, Elektrischer Betrieb Hochöfen: Sicherung gegen Fehlschaltung im Dampfkraftwerk;
Karl Perkuhn, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserte Anordnung der Rohr- und Schlauchleitungen an der Feinstraße;
Karl-Heinz Runge, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Verlegung der Kantaufläufe an der 850er-Straße;
Peter Schmidt, Maschinenbetrieb Blechwalzwerke: Verbesserung der Spannvorrichtung des Quarto-Durchlaufofens;
Helmut Schmitz, Wärmeabteilung: Beseitigung einer Störmöglichkeit an Askania-Strom- und Thermowaagen;
Alfred Schöberl, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Arbeitserleichterung für Kranführer des 15-t-Krans/Gießgrube Siemens-Martin-Stahlwerk;
Adolf Slaghuis, Siemens-Martin-Stahlwerk: Verwendung von Arbeitsbühnen an den Kalkbunkern;
Wilhelm Thies, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung an Ölbehältern im Zementwerk;
Adolf Weißfuß, Sozialbetriebe: Verladevorrichtung für Bleibarren.

GELSENKIRCHEN:

Reinhard Mondwurf, Elektrowerkstatt: Einbau einer Kupferbuchse und Druckfeder an der Ösenmaschine in der Stangenrichterei;
Kurt Groeger, Stahldrahtzug: Schutzbleche für Stapler;
Albert Gwiasda, Kaltwalze: Verlegung der Schalthebel für die Feder- und Setzmaschine;
Karl-Heinz Grieger, Eisenzug: Verbesserung der Schlaufen an den Unterarmschützern.

Thyssenkrupp Corporate Archives

Liebe Freunde!

Heute bin ich an der Reihe, einmal einen Brief an Euch zu schreiben, denn ich will nicht undankbar sein. Ihr, meine Lieben, seid es gewesen, die Ihr mich wieder in Amt und Würden gebracht habt. So steh ich heute wieder da! So!!! Aber ich muß von vorn anfangen, sonst könnt Ihr mich nicht verstehn: Der Tag, an dem der Briefträger mir das „echo der arbeit" Nr. 5 ins Haus brachte, steht für immer rot in meinem Kalender. In diesem Heft entdeckte ich sogleich die Leserbefragung – Welches Echo hat das „echo"? Aha, dachte ich mir, jetzt bekommst Du die Erklärung dafür, warum die Redaktion seit Monaten keine Witzseite mehr bestellt hat. In Erwartung schlimmer Dinge holte ich mir zuerst eine Flasche mit scharfen Sachen aus dem Keller. Nun konnte es kommen.... knüppelhageldick. Dann platzte ich mich in den (wegen des ausgefallenen „echo"-Honorars nur teilweise bezahlten) Sessel, um mir – ganz klein wie ich war – die Leviten lesen zu lassen. Was aber war das? – Nit möglich! pflaumte ich mich an, als ich die erste Stellungnahme (einen doppelstöckigen) intus hatte. Meine Augen würden größer und größer und fielen mir fast aus (dem bis dahin noch relativ klaren) Kopf. Stand da nicht „Wir wollen unsre alte Seite Witze wiederhaben"? Von Absatz zu Absatz kroch ich nun wieder aus mir hervor und rückelte mich selbstgefälliger; je weiter ich las, desto mehr häuften sich die Stimmen, die für Karikaturen auf der Rückseite vom „echo" plädierten. Ihr könnt Euch vorstellen, wie ich in meinem Sessel immer größer wurde, gespannt verschlang ich jede einzelne Zeile (bis auf den letzten Tropfen!) Eurer guten Meinung über Witze und war völlig aus dem Häuschen. (Hoch die Tassen!) Zum Schluß saß ich mit vor Stolz geschwellter Brust vor einer leeren Pulle und wunderte mich sehr, daß ich nicht platzte. Kinder, hat mir das gutgetan. Der Schabau zwar weniger. Umso mehr aber kitzelte das mein Selbstbewußtsein! Was so eine Volksbefragung doch für gute Seiten hat. Offen gesagt, weiß ich nicht, warum Old Cerny immer so dagegen war. Nun soll ich also wieder regelmäßig Karikaturen für Euch zeichnen. Eigentlich hatte ich schon vor, bei der Arbeiterannahme nachzufragen, ob nicht irgendwo ein zur Steigerung der Produktion bereiter Hüttenknecht gebraucht würde. Als gut erzogener Ehemann bin ich mit Öfen bestens vertraut. Deshalb sollte es mir auch nicht schwer fallen, so einen Hochofen auf Touren zu bringen. Wird aber ein „Warmbettmann" gesucht, so bin ich auch hierfür bestens geeignet. Ebenso habe ich im „Griepen" diverse Erfahrungen. Aber das ist ja nun nicht mehr nötig. Meine Familie kann jetzt endlich wieder etwas anderes essen als täglich Pellmänner mit Hering. Selbst unser Foxl wagt schon wieder von Eisbein zu träumen. Und es wäre doch gelacht, brächten wir die Hüttenwerker nicht wieder zum schmunzeln. Also bombardiere ich die Redaktion ab sofort laufend mit Witzen, denn Ihr wollt es ja so, und das freut mich riesig!

In alter Frische, Euer frischer alter

Kurt Cerny
(Mämekensmaler)

thyssenkrupp Corporate Archives